

## Zukunftsforum Grüne Demokratieoffensive | Entwurf Abschlusstext | Stand: 2.3.2011

*Dies ist ein Entwurf für den Abschlusstext zur Arbeit des Zukunftsforums Demokratie von Bündnis 90/ Die Grünen. Er soll die bisherigen Diskussionsergebnisse des Zukunftsforums festhalten, diese einem breiteren Publikum zugänglich machen, und damit eine Debatte in der Partei anstoßen. Auf dem Demokratiekongress am 13. März in Mainz schaffen wir einen Rahmen, diese Debatte breiter zu führen und auch im Internet, unter <http://gruenlink.de/or> kann dieser Text kommentiert werden. Bis zum großen Grünen Zukunftskongress im Juli in Berlin soll der Text laufend überarbeitet werden – ein aktueller Stand wird regelmäßig online gestellt.*

1.	Die Krise der Demokratie.....	4
	Grünes Demokratieverständnis.....	4
	Politikverdrossenheit und Entsolidarisierung.....	5
	Gegenläufige Tendenzen.....	6
	Gesellschaftliche Entwicklungen.....	6
	Zunehmende Ungleichheit.....	7
	Verlust gemeinsamer Orte für Demokratie.....	7
	Zunehmende Komplexität und existenzielle Herausforderungen.....	8
	Schwächen im politischen System.....	8
	Neoliberaler Angriff auf das Primat der Politik.....	8
	Kurzfristigkeit der Politik.....	9
	Das politische System macht zu.....	9
	Schatten über der Berliner Republik.....	9
	Multipler Krisenhintergrund – Gefahr von zwei Seiten.....	10
	Demokratie ist die Lösung, nicht das Problem.....	10
2.	Für eine Demokratieoffensive: Auf die Krise der Demokratie mit politischer Gerechtigkeit, mit mehr Beteiligung, mit internationaler Demokratie und mit Glaubwürdigkeit antworten!.....	13
	Zwei Leitprinzipien: Demokratie als Menschenrecht und Primat der Politik.....	13
2.1	Gemeinwohl statt Klientelpolitik – für Politische Gerechtigkeit!.....	14
	Vorbedingungen für Politische Gerechtigkeit.....	15
	Gleichheit der Lebensbedingungen in der Pluralen Gesellschaft.....	15
	Bildung als Investition in Demokratie.....	16
	Gleichberechtigung in den Institutionen.....	16
	Gleichheit bei Bürgerrechten.....	16
	Politische Gerechtigkeit durch Grenzen: Menschenverachtung nicht zulassen.....	16
	Politische Gerechtigkeit in der Zukunft.....	17
	Gleiche Zugänge bei Interessenvertretung.....	17
	Einhegung starker Interessen.....	17
	Transparenz und Schranken für Lobbyismus.....	18
	Korruption wirksam bekämpfen.....	19
	Schwache Interessen und unterrepräsentierte Gruppen stärken.....	19

2.2 Starke Demokratie als Antwort auf die Krisen! .....	20
Starke Bürgerinnen und Bürger.....	20
Bürgerinitiativen ernstnehmen .....	21
Direkte Demokratie stärken.....	21
Parlamentarischen Prozess öffnen .....	23
Wahlrecht demokratisieren.....	24
Öffentlichen Raum erhalten .....	24
Starke Bürgerinnen und Bürger brauchen unabhängige Medien .....	24
Unabhängige Wissenschaft.....	26
Lobbyismus in der Schule unterbinden.....	26
Gegen eine Kriminalisierung und Diffamierung von Protest .....	27
Gewaltübergriffe durch die Polizei konsequent verhindern .....	27
Direkte Klagerechte beim Bundesverfassungsgericht .....	28
Starke Abgeordnete .....	28
Wahlrecht zur Stärkung einzelner Abgeordneter prüfen.....	28
Zwei Maßgaben: Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit.....	28
Entweder oder: Regierung oder Parlament.....	29
Starke Parlamente .....	29
Legislative soll Gesetze auch schreiben können .....	29
Budget Office zur Stärkung des Parlaments im Haushaltsverfahren.....	29
Bundestag bei internationaler Rechtsetzung stärken.....	29
Gesetzesfolgen abschätzen um Ziele zu erreichen.....	30
Regierung und Behörden wirkungsvoll kontrollieren .....	30
Recht auf Parlamentarische Anfragen auch durchsetzen .....	31
Untersuchungsausschuss sinnvoll nutzen .....	31
Starkes Parlament braucht Ressourcen .....	31
Parlament gegenüber Lobbyisten stärken.....	31
Für eine andere Parlamentskultur.....	32
Partizipatives Regieren und Verwalten .....	32
Bringschuld der Regierung.....	32
Informationsfreiheit 2.0 .....	32
Beteiligung und Transparenz bei Planungsverfahren .....	33
Offene Konsultationsverfahren bei allen Gesetzgebungsverfahren .....	34
Zusammenarbeit zwischen Behörden und Bürgerschaft stärken .....	34
Begrenzung der Amtszeit von Regierungsposten.....	34
Starke und unabhängige Justiz.....	34
Demokratische Parteien .....	35

Parteienfinanzierung.....	35
Parteiendemokratie .....	36
Parteien öffnen.....	36
Demokratie in der Wirtschaft .....	37
Betriebsverfassungen.....	37
Demokratie in den Kammern.....	37
Verbraucherinnen und Verbraucher stärken.....	37
Soziale und Solidarische Ökonomie stärken.....	38
Demokratie im öffentlichen Sektor .....	38
Kommunale Selbstverwaltung und starke Regionen.....	38
Föderalismus.....	38
2.3 Hoch die Internationale Demokratie!.....	39
Europäische Union zum Motor internationaler Demokratie machen .....	39
EU auf den Demokratie-Prüfstand.....	40
Vereinigung und Demokratisierung der EU beschleunigen.....	40
Für Europäische Parteien.....	40
Europäische Identität stärken .....	40
Globale Demokratie .....	41
Für eine Parlamentarische Versammlung der UN .....	41
Demokratisierung global .....	41
2.4 Für eine neue demokratische Kultur!.....	42

## 1. Die Krise der Demokratie

Demokratie ist in aller Munde. Die aktuellen Freiheitsbestrebungen in Nordafrika zeigen sehr deutlich, wie stark und universal anerkannt die Idee der Selbstbestimmung der Völker, der politischen und gesellschaftlichen Freiheit und Teilhabe jedes einzelnen Menschen, rund um den Globus ist. Doch der mutige Kampf vieler Menschen gegen die Diktaturen sollte uns auch daran erinnern, dass die Freiheit in Deutschland und Europa alles andere als selbstverständlich ist, und mahnt uns, diese Freiheit niemals preiszugeben. Gerade deshalb müssen wir auch schleichende Tendenzen der Aushöhlung der Demokratie hierzulande sehr ernstnehmen, und nicht mit dem Verweis auf schlimmere Zustände andernorts abtun. Das Gut der Freiheit ist dafür zu kostbar.

Nicht erst seit dem Konflikt um Stuttgart 21 ist klar, dass einiges schief läuft in unserer Demokratie. Schon länger beobachten wir eine sinkende Wahlbeteiligung, Vertrauensverlust in die Institutionen, Mitgliederschwund in den meisten Parteien, besorgniserregende Umfragewerte zur Wertschätzung der Demokratie, aber auch eine zunehmende Entsolidarisierung in der Gesellschaft. Hinzu kommen globale Krisenherausforderungen wie Klima- und Finanzkrise. All diese Entwicklungen machen deutlich: Business as usual ist mit Hinblick auf unser politisches System fehl am Platz. Es geht dabei jedoch nicht nur um einen drohenden Verfall der Demokratie – in vielen Bereichen, wie etwa in der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Politik, sind demokratische Ideale bis heute keine Realität.

Wir stellen fest: die Demokratie hierzulande steckt in einer Krise. Dabei stellen die Kritik am Zustand der Demokratie einerseits und ihre Rechtfertigung andererseits für uns keinen Widerspruch dar. Ganz im Gegenteil entspringt unser Reden von der Krise der Demokratie einer Begeisterung für die Demokratie und motiviert uns überhaupt erst, den Zustand von politischem System und Politikbetrieb kritisch zu durchleuchten und zu fragen: wie bringen wir die Demokratie auf den richtigen Kurs? Wie schaffen wir es, wieder mehr Menschen für demokratische Gestaltung zu befähigen und zu begeistern?

### Grünes Demokratieverständnis

Die Weiterentwicklung der Demokratie ist ein Grundanliegen unserer Partei. Für uns war die Demokratie nie ein abgeschlossenes, fertiges Unterfangen. Zu viele Schwächen kennzeichnen die deutsche Demokratie seit ihrem Bestehen. Dies gilt zum Beispiel für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Politik, die direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger oder die politische Teilhabe sozial Schwacher.

Eine der Wurzeln der Grünen sind die Bürgerrechts- und Demokratiebewegung in Ost und West, die unter anderem gegen diese Missstände antraten und so viel zur Qualität unserer Demokratie heute beigetragen haben. Viele Grüne der ersten Stunde setzten sich bereits in den 60er- und 70er-Jahren dafür ein, mehr Demokratie zu wagen und verliehen dem Anspruch auf Partizipation und Mitbestimmung in den Bürgerinitiativen der 80er-Jahre Nachdruck. Nach den Umwälzungen des Jahres 1989 kamen mit Bündnis 90 und anderen Gruppen der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung viele mutige Menschen hinzu, die gegen die SED-Diktatur in der DDR gekämpft haben und sich für einen demokratischen Aufbruch im vereinigten Deutschland einsetzten. Sie sind uns Vorbild für unser heutiges Engagement.

Der erste Schritt zur Besserung, ist die (Selbst-)Erkenntnis. Dieses Sprichwort gilt auch für unsere Demokratie. Wer an der Zunahme von Protesten den Zerfall der Demokratie festmacht, begeht einen schweren Fehler. Das Aufbegehren gegen Stuttgart 21 oder der Zivile Ungehorsam in Gorleben sind, ganz im Gegenteil, ein Zeichen für das demokratische Bewusstsein der beteiligten Menschen und die Stärke der demokratischen Kultur. Wer Stimmung gegen die macht, die immer nur dagegen seien, erkennt, dass gerade das „Dagegen-Sein“ ein erster Schritt zu besseren Alternativen ist. Denn erst aus der Kritik entstehen positive Alternativen, wenn nicht bereits die Alternativen Ausgangspunkt der

48 Kritik sind. Wer dagegen das TINA-Prinzip („There is no alternative“ – Es gibt keine Alternativen)  
49 verkündet, vertritt damit letztlich ein autoritäres und rückwärtsgerichtetes Verständnis von Politik.  
50 Historisch waren es Soziale Bewegungen, die tiefgreifenden sozialen Wandel vorangetrieben haben,  
51 so zum Beispiel die Bürgerrechtsbewegung in den USA, die Frauenbewegung oder die  
52 Umweltbewegung.

53 Zivilgesellschaftlicher Protest und die politische Ordnung des Grundgesetzes stehen in keinem  
54 Widerspruch sondern ergänzen sich. Die Freiheitlich-Demokratische Grundordnung,  
55 Parlamentarismus und Rechtsstaatlichkeit sind große Errungenschaften, die wir als Fundament  
56 unserer Demokratie gegen jeden populistischen Angriff verteidigen müssen. Insbesondere die  
57 Grundrechte und der Schutz von Minderheiten vor Diskriminierung sind unverhandelbare Prinzipien.  
58 Nun fordert Protest etablierte Verfahren heraus, und das oft zu Recht. Demokratische Legitimität  
59 können am Ende nur demokratische Verfahren bringen. Aber wer den Institutionen per se  
60 unterstellt, sie seien fair und handelten gemäß dem Willen des Volkes, verkennt die politische  
61 Realität von Lobbyismus, Machtpolitik und Medienbetrieb. Diese Verzerrungen in der politischen  
62 Realität müssen wir angehen. Protest auf der Straße legt da zu Recht den Finger in die Wunden  
63 unserer Demokratie.

64 Gegen die Krise unserer Demokratie setzen wir eine neue Demokratieoffensive. Mit politischer  
65 Gerechtigkeit, mehr Beteiligung und Internationaler Demokratie wollen wir unseren Anspruch  
66 verwirklichen, als Freie und Gleiche in Vielfalt die Geschicke unseres Gemeinwesens selbst in die  
67 Hand zu nehmen. Nach unserem grünen Staatsverständnis soll der demokratische Staat nichts  
68 anderes sein als der Ort, an dem der gemeinsame Wille freier Gleicher in einer pluralen Gesellschaft  
69 zusammenkommt und im Zuge fairer Verfahren in verbindlichen Entscheidungen verwandelt wird.

70 Im Zentrum unserer Demokratieoffensive steht die Verwirklichung politischer Gerechtigkeit. Sie ist  
71 zugleich Voraussetzung und Ergebnis von Demokratie. Kein anderes politisches System kann  
72 Politische Gerechtigkeit herstellen. Denn Politische Gerechtigkeit kann es nur geben, wenn alle  
73 Menschen gleiche Teilhabechancen an Entscheidungen haben und nicht Partikularinteressen  
74 dominieren. Somit ist Politische Gerechtigkeit aber eben auch Vorbedingung von Demokratie. Wenn  
75 starke Lobbygruppen das politische System kapern oder ganze Bevölkerungsschichten aufgrund eines  
76 mangelnden Zugangs zu Bildung vom politischen Prozess ausgeschlossen sind, dann funktioniert  
77 Demokratie nicht. Oder andersherum: Nur wenn alle Bürgerinnen und Bürger über gleiche  
78 gesellschaftliche Ressourcen und institutionelle Zugänge zu Entscheidungsprozessen verfügen, kann  
79 Demokratie funktionieren.

80 Doch wer aus gutem Grund feststellt, dass dies in der Realität nicht funktioniert, darf sich nicht  
81 abwenden. Denn Demokratie braucht Menschen, die dafür eintreten, dass Politische Gerechtigkeit  
82 einkehrt, und dass Repräsentation eben solche ist und keine Bevormundung. Damit wollen wir  
83 Grünen nicht unsere besondere Verantwortung als politische Partei von uns weisen – im Gegenteil,  
84 unsere Auseinandersetzung mit der Krise der Demokratie ist ein Schritt, demokratisches  
85 Entwicklungen etwas entgegenzusetzen. Und gerade im Hinblick auf eine Erneuerung der politischen  
86 Kultur müssen wir als politische Partei auch einen starken Beitrag leisten. Aber für uns ist klar, dass  
87 Demokratie letztlich aus allen Bürgerinnen und Bürgern besteht und von ihnen gelebt werden muss.  
88 Die Demokratie ist darauf angewiesen und beginnt erst damit, dass Bürgerinnen und Bürger sie  
89 beständig kritisieren und einfordern, und sie endet, wenn sich diese zunehmend von ihr abwenden.

## 90 **Politikverdrossenheit und Entsolidarisierung**

91 Doch genau an dieser Stelle steckt die Demokratie in der Krise. Bei allen Forderungen nach  
92 Demokratie durch die so diffamierten „Wutbürger“ ist nicht zu leugnen, dass sich zugleich auch  
93 ganze Gruppen von der Demokratie abwenden. Die Wahlbeteiligung ist in den letzten Jahren  
94 dramatisch gesunken. Gäbe es eine Partei der Nichtwähler, hätte sie die meisten Sitze im Bundestag:  
95 bei der Bundestagswahl 2009 lag die Wahlbeteiligung bei nur noch 70 Prozent. Bei der letzten

96 Europawahl blieben sogar mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten zuhause. Und auch die Parteien  
97 verlieren an Mitgliedern – auch wenn die Grünen zuletzt gegen den Trend enorme  
98 Mitgliederzuwächse verzeichnen konnten. Dazu kommt ein rapide nachlassende Vertrauen in die  
99 klassischen Institutionen, besonders von Parlamenten und Regierung, und die Glaubwürdigkeit von  
100 Politikern. Umfragen zufolge gehen rund drei Viertel der Bevölkerung davon aus, dass Politiker  
101 Gesetze umgehen, wenn es um eigene Vorteile geht – und beinahe die Hälfte hält es für sinnlos, sich  
102 politisch zu engagieren.<sup>1</sup> Fast ein Viertel der Bevölkerung hält die Demokratie nicht für  
103 verteidigungswert<sup>2</sup>. Und über 80 Prozent der Bevölkerung haben wenig bis gar kein Vertrauen in die  
104 politischen Parteien in Deutschland.<sup>3</sup>

105 Darüber hinaus beobachten wir eine zunehmende Entsolidarisierung in Teilen der Gesellschaft.  
106 Sogenannte gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit macht sich in allen gesellschaftlichen  
107 Schichten breit, zuletzt insbesondere auch bei Menschen mit hohem Einkommen.<sup>4</sup> Islamophobie,  
108 Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus, genau wie das Hetzen gegen Hartz-IV-  
109 Empfänger, Homophobie und Frauenfeindlichkeit werden verstärkt salonfähig. Dies bedeutet eine  
110 Gefahr für den sozialen Zusammenhalt und eine gemeinsame Lebenswelt, auf die wir als Grundlage  
111 demokratischen Zusammenlebens angewiesen sind. Gerade in einer pluralen Gesellschaft sind  
112 Solidarität und Toleranz existentiell wichtig, damit politische Konflikte demokratisch und unter  
113 Achtung der Freiheit und Grundrechte aller ausgetragen werden können.

#### 114 *Gegenläufige Tendenzen*

115 Bei allen Klagen über den Zustand der Demokratie ist eine eindeutige Diagnose gar nicht so einfach.  
116 Einerseits sprechen teilweise schockierend niedrige Wahlbeteiligungen für eine deutliche Zunahme  
117 der viel beschworenen Politikverdrossenheit. Dem stehen andere Entwicklungen entgegen: Weite  
118 Teile der Gesellschaft haben heute einen höheren Grad an politischer Allgemeinbildung und sind  
119 besser informiert als noch in den frühen Jahren der Bundesrepublik. Viele sind in hohem Maße  
120 moralisch sensibel für politische und gesellschaftliche Missstände. Die Medien sind im Vergleich zu  
121 den Adenauer-Jahren ungleich kritischer und pluraler geworden. Schließlich haben in den letzten  
122 Jahren neue Bereiche eine Politisierung erfahren – etwa Konsumverhalten und Lebensstilfragen.  
123 Nach der Aufnahme von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in die Kommunal- und  
124 Landesverfassungen werden diese auch verstärkt genutzt. Wir erleben eine Pluralisierung der  
125 Zivilgesellschaft und gerade zuletzt eine Zunahme von Protest auf der Straße. Durch das Internet hat  
126 sich der Raum des Politischen erweitert und wird auch von vielen Bürgerinnen und Bürgern als  
127 Medium für aktive politische Beteiligung genutzt – sei es durch Online-Petitionen, eine im Internet  
128 organisierte Gegenöffentlichkeit zu den Massenmedien oder Mobilisierung für Proteste auf der  
129 Straße. Diese Entwicklungen zeigen, dass viele Menschen sich politisch engagieren wollen und ihnen  
130 politische Entscheidungen nicht egal sind.

#### 131 *Gesellschaftliche Entwicklungen*

132 Dennoch lässt sich an der beobachtbaren Zunahme von Demokratieverdrossenheit und der  
133 Vertrauenskrise der Demokratie nicht herumdeuteln. Sie markieren eine gefährliche Aushöhlung der  
134 Demokratie. Ohne die politische Teilhabe eines so großen Anteils von Bürgerinnen und Bürgern kann  
135 Demokratie dauerhaft nicht bestehen. Als Erscheinungsformen der Krise der Demokratie stehen sie  
136 jedoch nicht im luftleeren Raum. Eine ganze Reihe tiefer liegender gesellschaftlicher Entwicklungen  
137 verdeutlichen, wie fundamental die Herausforderungen für die Demokratie gelagert sind: Bei  
138 zunehmender sozialer Ungleichheit erleben wir auch einen Verlust an gemeinsamen Räumen und  
139 geteilten Lebenswelten und damit einen Verlust an Orten für Demokratie. Zugleich werden  
140 gesellschaftliche Probleme und Herausforderungen zunehmend komplexer, betreffen teilweise einen  
141 sehr großen Zeithorizont und erhalten (über)lebenswichtige Dimensionen.

---

<sup>1</sup> Deutsche Zustände - Folge 9, Hrg.: Wilhelm Heitmeyer, Frankfurt 2010, S. 27.

<sup>2</sup> Embacher, Serge: Demokratie! Nein Danke?, Bonn 2009, S. 71.

<sup>3</sup> Infratest Dimap 2010.

<sup>4</sup> Deutsche Zustände - Folge 9.

142 *Zunehmende Ungleichheit*

143 Die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich schreitet voran. Die reichsten zehn Prozent der  
144 Bevölkerung in Deutschland verfügen mittlerweile über mehr als 60 Prozent des gesamten  
145 Nettovermögens, während die unteren 60 Prozent über kein oder nur ein geringes Vermögen  
146 verfügen, oder gar verschuldet sind. Jeder Siebte lebt in Deutschland unter der Armutsgrenze –  
147 knappe ein Drittel mehr als noch vor zehn Jahren.<sup>5</sup> Ob prekäre Beschäftigungsverhältnisse und  
148 Niedriglöhne, Bildungschancen, die maßgeblich von der sozialen Herkunft abhängen, oder eine  
149 Klassenmedizin, in der eine gleichwertige Gesundheitsversorgung nicht mehr gewährleistet wird –  
150 sozialer Zusammenhalt wird zunehmend ausgehöhlt. Und damit auch die Demokratie: denn ein  
151 Großteil der Bürgerinnen und Bürger will, dass vom demokratischen Gemeinwesen ein Abbau  
152 sozialer Ungerechtigkeit ausgeht.<sup>6</sup>

153 Die Arbeitswelt wandelt sich grundlegend in der Entwicklung von der Industrie- zur Wissens- und  
154 Dienstleistungsgesellschaft. Neue Informationstechnologien, Flexibilisierung der Arbeitszeiten und  
155 auch die – nicht zuletzt von der Rot-Grünen Regierung seinerzeit stark voran getriebene –  
156 Deregulierung der Arbeitsmärkte haben die Arbeitswelt tiefgreifend verändert. Für viele Menschen  
157 hat der Druck am Arbeitsplatz zugenommen und oft reicht ein Job allein nicht mehr aus. Zeitarbeit  
158 und zunehmend schlechte Arbeitsverhältnisse erweisen sich als Engagementkiller. Auch der  
159 steigende Druck im Bildungswesen verringert die Möglichkeiten politischen Engagements - gerade in  
160 einem entscheidenden Lebensabschnitt, in dem sich junge Menschen zu aktiven Bürgerinnen und  
161 Bürgern entwickeln könnten.

162 *Verlust gemeinsamer Orte für Demokratie*

163 Hinzu kommt der Bedeutungsverlust klassischer Institutionen des Zusammenhalts, wie Kirchen,  
164 Sozialverbände und Gewerkschaften, aber auch Parteien. Mitgliederschwund und Passivität von  
165 Mitgliedern machen diese Entwicklung greifbar. Insbesondere wirtschaftlich benachteiligte Schichten  
166 fallen durch niedrige Mitgliedschaftsquoten in politischen Organisationen auf und sind entsprechend  
167 mobilisierungsunfähig und schwach in gesellschaftlichen Konflikten.<sup>7</sup>

168 Besonders in großen Städten erfolgt durch eine zunehmende Kommerzialisierung und eine  
169 Vertreibung Schwacher aus dem öffentlichen Raum ein zusätzlicher Verlust an Möglichkeiten  
170 kollektiver Erfahrung und gesellschaftlichen Austausches. Dieses Vakuum an erlebbarer  
171 Gemeinschaft birgt immer auch die Gefahr in sich, dass Rechtspopulisten versuchen, einen Ersatz in  
172 konstruierten Gruppen und auf Kosten von Minderheiten zu schaffen.

173 Im Zuge der bereichernden und für viele Menschen auch befreienden Pluralisierung der Gesellschaft  
174 kommt es zu einer Festigung der Grenzen zwischen Lebenswelten. Besonders anschaulich lässt sich  
175 diese Entwicklung im Internet beobachten, anders als das Netz mit seinen großen Chancen durch den  
176 dezentralen Charakter des Mediums erhoffen ließe. Häufig findet auch hier Kommunikation zwischen  
177 immer Gleichen statt, Diskussionen laufen parallel auf zerstreuten, voneinander getrennten  
178 Aufmerksamkeitsinseln, völlig isoliert von Andersdenkenden und Anderslebenden. Dabei ist  
179 keineswegs das Internet schuld – im Gegenteil: es fördert wenn überhaupt Entwicklungen zu Tage,  
180 die sich offline in der Gesellschaft vollziehen. Gerade das Internet könnte und sollte dazu genutzt  
181 werden, Austausch quer über die Grenzen der Lebenswelten von Bürgerinnen und Bürgern hinweg  
182 zu ermöglichen.

183 Klar ist für uns Grüne: die zunehmende Vielfalt in der Gesellschaft ist bereichernd und befreiend. Die  
184 Anerkennung dieser Vielfalt ist Voraussetzung dafür, dass alle Menschen die Chance erhalten, sich  
185 individuell zu entfalten und als eigenständige und freie Bürgerinnen und Bürger in das Gemeinwesen  
186 einzubringen. Eine Gesellschaft, in der erwartet wird, so zu leben und zu sein wie alle anderen, kann

---

<sup>5</sup> Statistisches Bundesamt 2010, <http://gruenlink.de/at>; DIW 2009: <http://gruenlink.de/au>.

<sup>6</sup> Embacher 2009.

<sup>7</sup> WZB 2010: <http://gruenlink.de/av>.

187 keine freie Gesellschaft sein. Die zentrale Herausforderung ist also, am Ende aus der Vielfalt heraus  
188 zu einer gemeinsamen Politik zu finden. Deshalb ist es so wichtig die nötigen gemeinsamen Räume  
189 für Demokratie zu schaffen und für demokratischen Zusammenhalt zu sorgen. Erst so schaffen wir  
190 auch eine gute Grundlage für demokratischen und konstruktiven Streit.

### 191 *Zunehmende Komplexität und existenzielle Herausforderungen*

192 Viele haben das Gefühl, die Welt wachse ihnen über den Kopf. Sowohl das politische System als auch  
193 die politischen Herausforderungen werden immer komplexer. Eine Zerfaserung von Staatlichkeit und  
194 Mehrebenen-Verflechtung sorgen dafür dass Politik selbst kaum noch zu durchschauen ist und  
195 Verantwortlichkeiten verwischen. Ist nun die EU zuständig oder die Bundesländer? Oder beide? Und  
196 entscheidet die EU-Kommission, das EU-Parlament oder der Rat? Was entscheiden die Kommunen,  
197 von dem was sie umsetzen, und was kommt von Bund und Ländern? Ohne klare  
198 Verantwortlichkeiten kann die demokratische Rückkopplung an die Wählerinnen und Wähler nicht  
199 funktionieren.

200 Gleichzeitig werden die Felder, die die Politik zu beackern sucht, immer komplexer: ökonomische  
201 Sachverhalte in der globalen Wirtschaft voller gegenseitiger Abhängigkeiten und ein Finanzsystem, in  
202 dem viele Akteure selbst nicht mehr verstehen, wie es funktioniert; technologische Entwicklung und  
203 deren unüberschaubare Risiken; eine Ausdifferenzierung der Rechtssysteme. Die neue  
204 Unübersichtlichkeit spiegelt sich in einer weltanschaulichen Pluralisierung – die zwar auch das  
205 Denken befreit, die uns aber auch ein Gefühl der Überforderung mit der Welt vermittelt.

206 Dies geschieht in einer Zeit, in der nicht nur Klarheit und Entschlossenheit im demokratischen  
207 Entscheiden und Handeln geboten wären, sondern auch Schnelligkeit: wie viel Zeit haben wir noch,  
208 um den Klimawandel ausreichend aufzuhalten? Wie lange bleibt uns noch, unser Wirtschaften auf  
209 eine Zeit knapper Rohstoffverfügbarkeit umzustellen? Wie halten wir den dramatischen Verlust an  
210 Artenvielfalt auf? Tickt die Zeitbombe einer nächsten Finanzkrise, wenn wir das Fenster für eine  
211 hinreichende Regulierung der internationalen Finanzmärkte nicht nutzen und es uns nicht gelingt,  
212 globale Ungleichgewichte abzubauen? Der Demographische Wandel erfordert frühzeitige  
213 Weichenstellungen um gesellschaftlichen Zusammenhalt auch in den nächsten Jahrzehnten zu  
214 gewährleisten. Und wie lange geht eine Welt voller Atomwaffen und instabiler Regime gut, wenn wir  
215 eine nachhaltige Friedenspolitik weiter verschleppen?

### 216 **Schwächen im politischen System**

217 Die Herausforderungen sind wahrlich nicht banal. Dabei ist die erste Herausforderung, um  
218 demokratische Lösungen überhaupt erst zu ermöglichen, eine Handlungsfähigkeit des politischen  
219 Systems. Doch genau diese steht durch verschiedene Entwicklungen zunehmend infrage. Einer  
220 Umfrage von Parlamentariern zufolge bezweifeln je nach Politikfeld zwischen 65 und 85 Prozent der  
221 Abgeordneten aus Bund und Ländern, dass sie Einfluss auf Veränderungen in den verschiedenen  
222 Bereichen hätten.<sup>8</sup>

### 223 *Neoliberaler Angriff auf das Primat der Politik*

224 So hat der neoliberale Angriff der letzten Jahrzehnte die Handlungsfähigkeit der Politik massiv  
225 ausgehöhlt. Eine jahrzehntelange Politik der Entfesselung von Wirtschaft und Finanzströmen hat  
226 eine Globalisierung hervorgebracht, die nicht nur die Besteuerung von Kapitaleinkommen,  
227 Arbeitnehmerrechte und Umweltschutz aushöhlt, sondern auch demokratische Entscheidungen  
228 zunehmend erschwert. Gerade in diesem Punkt müssen auch wir Grünen Selbstkritik üben und  
229 deutlich machen, dass wir aus Fehlern der Vergangenheit gelernt haben. Die Zwänge und  
230 Handlungsunfähigkeiten sind eben nicht wie nach einem Naturgesetz entstanden, sondern haben  
231 sich durch gezielte politische Entscheidungen ergeben, für die wir zum Teil mit verantwortlich waren.  
232 Das Diktum, eine Politik gegen die Finanzmärkte sei unmöglich, wurde so eher zur selbst erfüllenden  
233 Prophezeiung. Ohne eine Vertiefung nicht nur der wirtschaftlichen, sondern auch der politischen

---

<sup>8</sup> Deutsche Parlamentarierstudie 2010: <http://gruenlink.de/bz>.

234 Integration auf internationaler Ebene ist die Politik in der Tat schwach gegen die globalen Akteure im  
235 finanzmarktgetriebenen Kapitalismus aufgestellt. Aber wir sind nicht machtlos, was die Schaffung der  
236 nötigen Institutionen betrifft. Klar ist, dass nicht ein Zurückschrauben der ökonomischen  
237 Globalisierung das strategische Ziel sein sollte, auch wenn es in manchen Bereichen ökologisch und  
238 ökonomisch geboten ist. Denn die Globalisierung hat auch ein großes humanistisches Potential und  
239 ist längst Teil der Lebensrealität von immer mehr Menschen geworden. Doch internationale Märkte  
240 brauchen internationale Institutionen. Und diese brauchen Demokratie, allen voran die EU. Hier  
241 besteht trotz schrittweiser Verbesserungen, besonders seit der Finanzkrise 2008, weiterhin enormer  
242 Nachholbedarf. Es geht um nichts anderes als das Primat der Politik.

243 Die Spätfolgen der neoliberalen Steuersenkungspolitik und die akuten Folgen der Rettungspakete zur  
244 Finanzkrise hinterlassen uns leere öffentliche Kassen. Gerade die Handlungsfähigkeit der Kommunen  
245 wird dadurch massiv untergraben, was dazu führt, dass meist nur noch der Mangel verwaltet werden  
246 kann. Leere öffentliche Kassen bei einer gleichzeitigen Zunahme privaten Reichtums in den Händen  
247 weniger und bei wachsender Ungleichheit, lassen demokratische Politik in den Augen vieler zum  
248 blanken Hohn verkommen.

#### 249 *Kurzfristigkeit der Politik*

250 Doch damit nicht genug: der Langfristigkeit der Herausforderungen steht auch eine Kurzfristigkeit der  
251 Politik entgegen. Und das Denken in Legislaturperioden steht im Kontrast zu der Tatsache, dass die  
252 Früchte nachhaltiger Politik oft erst Jahre oder gar Jahrzehnte nach den Weichenstellungen geerntet  
253 werden können. Welchen Anreiz haben Politiker für eine zukunfts- und gemeinwohlorientierte  
254 Politik? Es kommt hier ganz entscheidend auf den Druck der Bürgerinnen und Bürger an. Doch genau  
255 dieser kommt immer weniger in den Zentren politischer Macht und relevanter Entscheidungen an.

#### 256 *Das politische System macht zu*

257 Das politische System ist für demokratischen Input viel zu verschlossen. Der Parlamentarismus wird  
258 durch eine Dominanz der Regierungen und eine Verlagerung endgültiger Entscheidungen in die  
259 Gerichte zunehmend geschwächt. Auch gleichen Parlamentsdebatten häufig eher einem  
260 Schlagabtausch, statt einer glaubwürdigen Auseinandersetzung über die zu lösenden politischen  
261 Konflikte. Zudem werden Antwortversuche auf große Herausforderungen lieber in nach Gusto  
262 besetzte Expertenkommissionen verlagert, die am Ende eher einer Schein-Legitimität für  
263 Regierungshandeln dienen, als der Lösung von schwierigen Fragen. Internationale Verhandlungen  
264 werden häufig eher abgenickt, statt von Parlamentariern vorbereitet und mitgestaltet zu werden.

265 Bei Planungsprozessen für Großprojekte werden Bürgerinnen und Bürger, wenn überhaupt, viel zu  
266 spät und unzureichend beteiligt. Der Konflikt um Stuttgart 21 hat zutage gebracht, was in den  
267 meisten Fällen kaum mehr beachtete politische Praxis ist: Großprojekte werden unter Ausschluss der  
268 Öffentlichkeit und mangelhafter Einbindung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger ausgekugelt.  
269 Aber eine Politik, die Bürgerinnen und Bürger an der Mitwirkung hindert, erzeugt am Ende  
270 Frustration und liefert sich damit auf Dauer selbst die Begründung. Und sie nimmt sich zusätzlich eine  
271 entscheidende Ressource für gute Politikergebnisse: den Ideenreichtum und die Kreativität vieler  
272 engagierter Bürgerinnen und Bürger.

#### 273 *Schatten über der Berliner Republik*

274 Während sich zugleich viele Menschen frustriert von der Politik abwenden, verschaffen sich tausende  
275 Lobbyisten gut organisierter Interessengruppen Zugang zu politischen Entscheidungsträgerinnen und  
276 Entscheidungsträgern. Ein schwer durchschaubarer Dschungel an PR-Agenturen und  
277 Unternehmensvertretungen ist in Berlin-Mitte entstanden. Während für demokratische Politik und  
278 notwendige unabhängige Expertise das Geld fehlt, betreiben gut organisierte und finanzstarke  
279 Interessengruppen einen enormen Ressourcenaufwand und beschäftigen JuristInnen und  
280 KommunikationsspezialistInnen, die den Abgeordneten ihre Gesetze schreiben und  
281 Argumentationshilfen zur Verfügung stellen. Die Interessenvertretung gerät so in ein  
282 demokratisches Missverhältnis, über dessen genaue Ausmaße wir nur spekulieren können. Es

283 liegt ein Schatten über der Berliner Republik – und keiner weiß genau, wer mit wessen Geld für  
284 welche Interessen Lobbying betreibt.

285 Was macht derweil die sogenannte vierte Gewalt? Bei aller Vielfalt, mit der die deutsche  
286 Medienlandschaft im Vergleich zu anderen Ländern ja noch gesegnet ist, bereitet auch der Zustand  
287 des Journalismus in Deutschland aus einer Demokratie-Perspektive große Sorgen. Die modernen  
288 Massenmedien stärken eine Kultur der personalisierten Basta-Politik, indem wichtige inhaltliche  
289 Diskussionen innerhalb von Parteien als Führungsschwäche ausgelegt werden, anstatt solche  
290 Diskussionen inhaltlich zu begleiten. Darüber hinaus verdrängt schnellebiger Meldungsjournalismus  
291 den Raum für investigative Berichterstattung. Medienschaffende stehen zunehmend unter Druck und  
292 in der lokalen Presselandschaft ist eher von örtlicher Betäubung als von vielfältigem Journalismus zu  
293 sprechen. Ein allein auf das Kurzzeitgedächtnis zielender Journalismus schadet der Demokratie.

### 294 **Multipler Krisenhintergrund – Gefahr von zwei Seiten**

295 Angesichts der Größe der Herausforderungen und der Schwierigkeit, wirklich demokratische  
296 Lösungen zu entwickeln, tun sich am Horizont zwei Gefahren auf: die des Rechtspopulismus und der  
297 Expertokratie. Beide drohen zunehmend zu einer Versuchung für all diejenigen zu werden, die an der  
298 Klimakrise, der Komplexität ökonomischer Zusammenhänge und der erlebten Handlungsunfähigkeit  
299 in vielen Politikfeldern verzweifeln. Und Verzweiflung ist nicht ganz unberechtigt: die Zeit schreitet  
300 voran, ohne dass es uns gelingt, ausreichende Maßnahmen zum Klimaschutz zu beschließen. Die  
301 ökonomische Globalisierung wächst uns über den Kopf, aber betrifft uns gleichzeitig immer mehr.  
302 Soziale Ungleichheit wächst und Teilhabechancen verringern sich zunehmend für einen Teil der  
303 Gesellschaft.

304 Es ist die Psychologie der Krise, die den Ruf nach einer Verlagerung der Entscheidungen in  
305 Expertengremien immer leichter über die Lippen kommen lässt. Lieber undemokratisch die Zukunft  
306 sichern als demokratisch vor die Wand fahren, scheint die Devise. Und Manche argumentieren, die  
307 politischen Kosten der Krisenbekämpfung heute, in Form einer kleinen Einschränkung der  
308 Demokratie, könne die politischen Kosten in der Zukunft geringer halten als ein „business as usual“,  
309 das Demokratie durch eine umso schlimmere Klimakatastrophe morgen völlig unmöglich macht. Es  
310 ist eine Ironie der Geschichte: Hier kehrt bei manchen Ökologen heute die Sachzwanglogik zurück,  
311 die in den ökologischen Auseinandersetzungen der 70er-Jahre gesellschaftlich wie auch  
312 wissenschaftstheoretisch kritisiert wurde.

313 Es ist die Psychologie der Krise, durch die sich auf der anderen Seite populistische Rufe nach  
314 einfachen Lösungen zunehmend Gehör verschaffen. Populismus kommt dabei nicht selten aus der  
315 sogenannten Mitte der Gesellschaft. Er greift teils sehr berechtigte Sorgen und Unmut auf und baut  
316 dabei nicht nur auf diffus zusammengestrickte Allgemeinplätze, sondern auch auf konstruierte Wir-  
317 Gruppen und das Ausgrenzen von Minderheiten. Er bietet Einfachheit und Orientierung inmitten der  
318 zu komplex gewordenen Welt. Er beansprucht demokratischen Willen, aber ohne auf demokratische  
319 Verfahren zu setzen.<sup>9</sup> Und so ist Populismus letztlich mit all seinem Schimpfen auf „die da oben“ ein  
320 gefährlicher Verwandter der Expertokratie: er ist eine Flucht in undemokratische Scheinlösungen für  
321 die Zukunftsfragen unserer Gesellschaft.

### 322 **Demokratie ist die Lösung, nicht das Problem**

323 Wir sagen klipp und klar: nur mit Demokratie können wir die großen Zukunftsfragen anpacken. Wir  
324 meinen: Demokratie darf weder unter Finanzierungsvorbehalt stehen, noch ist sie Standortnachteil  
325 oder Krisenbewältigungshindernis. Demokratie ist unabdingbare Form und praktische Grundlage aller  
326 Politik. Geben wir die Demokratie auf, um Krisen zu begegnen, dann verzichten wir am Ende auch auf  
327 die Freiheit, die wir glaubten, mit dem Verzicht auf Demokratie zu sichern.

---

<sup>9</sup> Vgl.: Möllers, Christoph: Demokratie - Zumutungen und Versprechungen, Berlin 2008.

328 Wir Grüne wenden uns strikt gegen Populismus, Expertokratie oder Elitenherrschaft. Wer glaubt, den  
329 Krisen durch Ausgrenzung von Minderheiten begegnen zu können, handelt nicht nur  
330 menschenverachtend, sondern wird dadurch auch keine Lösungen finden. Wer glaubt,  
331 Handlungsblockaden lösen zu können, indem wenige das Sagen bekommen, missachtet, dass für  
332 tiefgreifenden Wandel, wenn nicht die Zustimmung aller, so doch zumindest die demokratische  
333 Beteiligung aller nötig ist, bei fairen Verfahren und Schutz von Grundrechten. Wer glaubt, wenigen  
334 Experten die Lösung unserer Zukunftsfragen in die Hände legen zu können, verkennt nicht nur das  
335 enorme Reservoir an Expertise der Bürgerinnen und Bürger, sondern überschätzt auch die  
336 Kompetenzen der klügsten Fachleute.

337 Am Ende geht es nicht allein um technische Lösungen, sondern auch um normative Entscheidungen:  
338 Wie wollen wir leben, welche Prioritäten wollen wir setzen, was betrachten wir als gegeben und was  
339 halten wir für veränderbar? Am Ende liegt jeder politischen Entscheidung eine Vielzahl normativer  
340 Abwägungen zugrunde, die nur demokratisch getroffen werden können, solange wir den Anspruch  
341 haben, allen Menschen die gleiche Freiheit zuzugestehen und über ihre Lebensumstände zu  
342 entscheiden.

343 Und auch auf der praktischen Seite haben spätestens im Konflikt um den Bahnhof in Stuttgart alle  
344 lernen können: erst die breite Beteiligung aller, die ein Wörtchen mitreden wollen, bringt die Vielfalt  
345 an Ideen, Perspektiven und Möglichkeiten auf den Tisch, die für die besten Lösungen nötig ist. Ein  
346 Auskugeln hinter verschlossenen Türen hat stattdessen offensichtlich nicht die klügsten sondern  
347 bestenfalls die für alle beteiligten Investoren lukrativsten Lösungen hervorgebracht. Aber lukrativ für  
348 die Gemeinschaft ist genau das häufig nicht. Gerade bei einem Projekt wie dem dringend  
349 erforderlichen sozial-ökologischen Umbau braucht es die smartesten, dezentralen Projekte, die von  
350 engagierten und begeisterten Öko-Pionieren vorangetrieben werden und sich dann in ein gutes  
351 Gesamtkonzept einfügen lassen. Am Willen der Bevölkerung vorbei lässt sich so ein Projekt immer  
352 nur begrenzt durchführen – mangels Ideenvielfalt und mangels Legitimität. Bessere  
353 Bürgerbeteiligung dagegen ist kein Bremsklotz sondern kann zum Turbo auf dem Weg in die Zukunft  
354 werden. Wenn Beteiligung gut und ernsthaft ermöglicht wird, werden Großvorhaben umso klüger,  
355 schneller und preiswerter.

356 Demokratie ist nicht nur der einzig gute Weg zu guten Lösungen. Demokratie ist auch ein Weg zu  
357 mehr Zusammenhalt, ein Ausbruch aus dem Teufelskreis einer auseinanderfallenden Gesellschaft, in  
358 der Demokratie immer weniger möglich wird. Wir sehen demokratische Politik als die Möglichkeit an,  
359 in der Gesellschaft wieder zueinanderzufinden. Denn erst wenn wir einen Rahmen haben, in dem wir  
360 uns als *freie Gleiche in Vielfalt* begegnen können, sind wir in der Lage politische Konflikte auch  
361 politisch auszutragen. Wir gestehen uns gleiche politische Freiheit zu und achten die Grundrechte  
362 aller, leben die für Demokratie nötige Toleranz. Und erst wenn mehr Partizipation möglich wird und  
363 jeder Bürgerin und jedem Bürger dadurch mehr Verantwortung zuteilwird, kann die Demokratie  
364 anfangen zu leben. Nur so kann politischer Streit zugunsten aller in Politik aufgelöst werden. Das  
365 heißt nicht, dass immer alle mit den Ergebnissen zufrieden sind. Politik birgt per Definition Konflikt.  
366 Und den braucht es auch, denn erst durch den Konflikt kommen wir zu guten Ergebnissen für alle  
367 zusammen. Entscheidend ist, dass der Konflikt von allen geführt werden kann und dass alle, dem  
368 Prinzip der politischen Gleichheit entsprechend, gleiche politische Teilhabemöglichkeiten haben.

369 Machen wir also aus dem guten Fundament, das uns das Grundgesetz mit seiner freiheitlich-  
370 demokratischen Grundordnung und die politische Kultur der Bundesrepublik bieten, auch die  
371 lebendige Demokratie, die den Erwartungen der vielen Demokratiebegeisterten würdig wird und die  
372 Demokratieverdrossenen überzeugt. Mehr Demokratie bringt die besten Lösungen für gemeinsame  
373 Probleme, mehr Demokratie heißt mehr Verantwortung, heißt Dezentralität für ökologisch-sozialen  
374 Wandel und heißt Technologiefortschritt durch Vielfalt unter den Lösungssuchenden. Mehr  
375 Demokratie heißt mehr Zusammenhalt als Grundlage für politischen Konflikt.

376 Auch wenn wir Vorschläge für wichtige Reformen zur Stärkung der Demokratie machen, sollten wir  
377 immer klarstellen: Demokratie lässt sich nicht herbeiregulieren. Überhöhen wir daher zugleich nicht  
378 die Erwartungen an Politik. Politik kann nur einen begrenzten Einfluss auf demokratische Kultur  
379 haben – und das ist auch gut so. Aber diesen Teil, den wollen wir ernst nehmen – und auf den  
380 verschiedensten Ebenen die Voraussetzungen schaffen, die eine lebendige Demokratie im 21.  
381 Jahrhundert braucht. Wir haben den Ernst der Lage erkannt, und wir nehmen den Auftrag an, den wir  
382 im Unmut vieler über den Zustand der Demokratie sehen, und zwar besser heute als morgen. Auf zur  
383 Grünen Demokratieoffensive!

384

385

386  
387  
388  
389  
390

## **2. Für eine Demokratieoffensive: Auf die Krise der Demokratie mit politischer Gerechtigkeit, mit mehr Beteiligung, mit internationaler Demokratie und mit Glaubwürdigkeit antworten!**

391  
392  
393  
394  
395  
396  
397  
398  
399

Wir wollen mehr Demokratie. Darin sehen wir den Schlüssel zu den vielfältigen Herausforderungen. Wir wollen den Gefahren des Populismus vorbeugen und wir wollen mehr und gerechte Beteiligung statt Experten-Lenkung und Klientelpolitik. Wir wollen Menschen für demokratische Politik begeistern und demokratischen Zusammenhalt als Grundlage in der pluralen Gesellschaft stärken. Wir wollen in vielen Politikbereichen die Weichen für mehr und bessere Demokratie stellen und erkennen dabei an, dass noch so viel Regulierung immer nur ein Teil sein kann. Politische Kultur ist der andere Teil. Auch hier sind wir Grüne gefragt, aber gerade hier kommt es am Ende auf die Bürgerinnen und Bürger und ihr Engagement an.

400  
401  
402  
403  
404  
405

### **Zwei Leitprinzipien: Demokratie als Menschenrecht und Primat der Politik**

Es gibt einen universellen Kern der Demokratie – auch wenn die genaue Ausformung einer Demokratie in jeder Gesellschaft unterschiedlich ist und immer wieder aufs Neue ausgehandelt werden muss. Im Kern sind Demokratie und gleiche politische Freiheit ein Menschenrecht. Es ist eine tiefgreifende Verletzung des Grundsatzes gleicher Anerkennung und Freiheit, einer Person die Möglichkeit zur Beteiligung am politischen Entscheidungsprozess zu verweigern.

406  
407  
408  
409  
410  
411  
412  
413  
414  
415  
416  
417  
418  
419  
420  
421  
422  
423

Damit das demokratische Menschenrecht nicht nur auf dem Papier steht, muss das politische Gemeinwesen auch in der Lage sein, die Politikergebnisse umzusetzen, die durch Ausübung der politischen Freiheit ausgehandelt werden. Dazu braucht es nach demokratischen Diskussionen verbindliche Entscheidungen und Schlusspunkte, auch wenn demokratische Entscheidungen immer aufs Neue demokratisch aufgerollt werden können. Entscheidend ist, dass diese Diskussionen schon zu Anfang für alle offen sind und nicht von wenigen auf bestimmte Ergebnisse hin eingeengt werden. Damit Entscheidungen und Schlusspunkte aber auch den Bedürfnissen und Wünschen der Bürgerinnen und Bürger entsprechen können, braucht Politik darüber hinaus Handlungsfähigkeit und muss die demokratisch gewollten Ergebnisse auch umsetzen können. Was nutzt es, wenn in einem Schiff alle an Bord gemeinsam den Kurs bestimmen können, wenn das Schiff der Wetterlage nicht gewachsen ist und am Ende vom Wind und nicht vom freien Willen der Besatzung gelenkt wird? Gerade der politisch entfachte Sturm des Neoliberalismus hat dem Primat der Politik stark zugesetzt. Während der Krisen auf den Finanz- und Währungsmärkten haben wir erlebt, was es heißt, wenn Politik dem Zwang der Märkte unterworfen ist. Die Märkte sind jedoch kein Naturphänomen, dem wir uns tatsächlich unterordnen müssen. Sie sind gesellschaftlich geschaffen und für sie müssen genauso Regeln gelten wie für alle anderen Bereiche des modernen gesellschaftlichen Zusammenlebens. Nur durch gute Regeln schaffen wir gleiche Freiheit für alle. Und nur durch Demokratie schaffen wir gute Regeln.

424  
425  
426  
427  
428  
429  
430  
431

*In vier Teilen zeigen wir auf, wie wir unsere Demokratie besser machen wollen: Wie wir das Menschenrecht auf gleiche politische Teilhabe stärken wollen (2.1); wie wir die Einflussmöglichkeiten der Bevölkerung ausbauen wollen und demokratische Verfahren verbessern wollen (2.2); wie wir die Demokratie internationalisieren wollen (2.3); und wie wir mit einer neuen demokratischen Kultur das Vertrauen in das politische System wieder stärken wollen (2.4.). Ein erster Beitrag zu einer neuen politischen Kultur soll im Folgenden auch das ehrliche Eingeständnis sein, dass wir nicht von vorne herein alle Antworten kennen – und Fragen offen bleiben, die wir nur gemeinsam, demokratisch, angehen können.*

## 432 2.1 Gemeinwohl statt Klientelpolitik – für Politische Gerechtigkeit! 433

434 Das Menschenrecht auf gleiche politische Teilhabe und die dazu nötige Freiheit für alle ist  
435 Ausgangspunkt und zentrales Ziel unserer Politik. Wir wollen Gemeinwohl statt Klientelpolitik. Damit  
436 meinen wir eine Politik, die Antworten auf die Frage bietet: „Was ist gut für alle zusammen?“, und  
437 nicht allein für die, deren Stimme wir bei Wahlen gewinnen wollen.<sup>10</sup> Viele unserer Wählerinnen und  
438 Wähler finden richtig, dass sie durch unsere Politik Wohlstand an die Abgehängten in der  
439 Gesellschaft abgeben. Wer Grün wählt, will keine Klientelpolitik, sondern Politik für alle.

440 Auf die Frage, was gut für alle zusammen ist, gibt es allerdings viele Antworten. Im Grunde  
441 reklamieren die meisten Parteien den Begriff des Gemeinwohls für ihre Politik. Andersherum kommt  
442 auf den Vorwurf der Klientelpolitik schnell der Vorwurf anderer Klientelpolitik zurück. Es gibt aber  
443 keine gute oder schlechte Klientelpolitik. Gute Politik kann nur Gemeinwohlpolitik sein – denn  
444 politische Entscheidungen gelten für alle und sollten daher auch allen zusammen zu Gute kommen.  
445 Eine Politik zu verfolgen, die allen zu Gute kommt, kann aber genau heißen, die Stärkung bestimmter  
446 Interessengruppen in den Mittelpunkt rücken, so wie wir Grünen das mit unserem „Erweiterten  
447 Gerechtigkeitsbegriff“ tun. Entscheidend ist, dass die verbindlichen Antworten auf die Frage nach  
448 dem Gemeinwohl eben nur demokratisch gefunden werden können.

449 Die hierfür benötigte demokratische Basis bröckelt aber. Im untersten Drittel der Gesellschaft  
450 wenden sich immer mehr Menschen von der Politik ab. Zugleich klinken sich im obersten Drittel Teile  
451 der Gesellschaft aus der Solidarität aus. Der gesellschaftliche Zusammenhalt droht zunehmend zu  
452 zerfallen. Wir meinen, dass es ganz entscheidend darauf ankommt, gegen diesen zunehmenden  
453 Zerfall von Solidarität und demokratischer Zusammengehörigkeit anzukämpfen, um aus dem  
454 Teufelskreis auszusteigen. Genau deshalb machen wir das Prinzip der *Politischen Gerechtigkeit* stark,  
455 das an unseren Erweiterten Gerechtigkeitsbegriff anknüpft. In unserem Grundsatzprogramm heißt es  
456 dazu:

457 „Bündnisgrüne Politik orientiert sich am Grundsatz der Gerechtigkeit. Gerechtigkeit verlangt eine  
458 gerechte Verteilung der gesellschaftlichen Güter. Das erfordert insbesondere eine Parteienahme für  
459 die sozial Schwächsten. Verteilungsgerechtigkeit auch in unserer eigenen Gesellschaft bleibt in  
460 Zukunft unverändert von Bedeutung. Weil Gerechtigkeit eine Antwort geben muss auf die Probleme  
461 einer veränderten Welt, geht aber unsere Vorstellung von Gerechtigkeit über traditionelle  
462 Verteilungspolitik hinaus. Bündnisgrüne Politik steht für Teilhabegerechtigkeit, für  
463 Generationengerechtigkeit, für Geschlechtergerechtigkeit und für Internationale Gerechtigkeit. Diese  
464 Dimensionen von Gerechtigkeit dürfen trotz praktischer Konflikte nicht gegeneinander ausgespielt  
465 werden. Gerechtigkeit verlangt Solidarität und bürgerschaftliches Engagement.“<sup>11</sup>

466 Mit unserem Erweiterten Gerechtigkeitsbegriff nehmen wir also nicht nur alle in den Blick, die heute  
467 in Deutschland leben, sondern auch zukünftige Generationen und Menschen anderswo, ob im  
468 restlichen Europa oder gerade im globalen Süden; machen Politik nicht nur für die Mehrheit, sondern  
469 auch immer mit einem besonderen Blick auf Minderheiten und von Diskriminierung bedrohte  
470 Gruppen.

471 Mit unserer Forderung nach Politischer Gerechtigkeit wollen wir noch einen Schritt weiter gehen: wir  
472 wollen Politik nicht von einer politischen Elite, sondern ausgehend von den Bürgerinnen und Bürgern  
473 – und zwar unter gerechten politischen Teilhabebedingungen. Politische Gerechtigkeit bedeutet  
474 gleiche politische Freiheit für alle. Damit ist Politische Gerechtigkeit mit anderen  
475 Gerechtigkeitsdimensionen verschränkt. Wir wollen Politische Gerechtigkeit in zweierlei Hinsicht

---

<sup>10</sup> Vgl. Lutz Wingert, 2011: <http://gruenlink.de/aw>

<sup>11</sup> Grundsatzprogramm von Bündnis 90 / Die Grünen 2002, S.12.

476 stärken: indem wir die *Vorbedingungen* für gleiche Partizipationsmöglichkeiten schaffen, und indem  
477 wir *gleiche Zugänge* zum Politikprozess schaffen.

## 478 **Vorbedingungen für Politische Gerechtigkeit**

479 Politische Gerechtigkeit erschöpft sich nicht im gleichen Wahlrecht für alle, und in der Gleichheit von  
480 Bürgerrechten für alle, selbst wenn auch an dieser Stelle noch dringender Handlungsbedarf besteht,  
481 weil immer noch viele Menschen durchs Raster fallen, denken wir an Flüchtlinge und illegal in  
482 Deutschland lebende Menschen, aber auch die vielen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit haben.  
483 Doch Politische Gerechtigkeit geht weiter: es geht darum, dass Menschen nicht nur auf dem Papier,  
484 sondern auch real die Möglichkeit haben, sich aktiv und auf Augenhöhe im politischen Gemeinwesen  
485 einzubringen. Hier fließen politische Gleichheit und effektive Freiheit zusammen: nur wer frei zu  
486 gesellschaftlicher Teilhabe und zum eigenständigen Denken, frei von Diskriminierung oder  
487 Anfeindung ist, kann als vollwertige Staatsbürgerin oder Staatsbürger auftreten.

### 488 *Gleichheit der Lebensbedingungen in der Pluralen Gesellschaft*

489 Um diesem Ziel näher zu kommen, brauchen wir in der pluralen Gesellschaft mehr Gleichheit der  
490 Lebensbedingungen. Es geht nicht um kulturelle Gleichheit, oder Gleichheit der Idee von einem  
491 guten Leben. Es geht um sozioökonomische Gleichheit, die verhindert, dass Menschen mangels  
492 gesellschaftlicher Teilhabe von demokratischer Gestaltung ausgeschlossen werden.

493 Gleichheit der Lebensbedingungen schafft Waffengleichheit im demokratischen Streit. Nur wenn  
494 jeder und jede die gleiche Möglichkeit hat, sich politisch zu beteiligen, ist es hinnehmbar, dass einige  
495 das am Ende vielleicht gar nicht wahrnehmen. Es ist nicht hinnehmbar, dass jemand sich gar nicht in  
496 einer Partei oder der Zivilgesellschaft engagieren kann, weil er oder sie mehrere Jobs machen muss  
497 damit das Geld reicht, und somit keine Zeit für politisches Engagement bleibt.

498 Wir haben die Wahl: wollen wir ein Grundverständnis gesellschaftlichen Zusammenhalts, das  
499 überhaupt als Grundlage demokratischen Streits dienen kann – oder wollen wir, dass das Recht des  
500 Stärkeren gilt, und politische Einflusschancen in einer zunehmend ungleichen Gesellschaft  
501 zunehmend ungleich werden? Schon heute bestimmen Reiche mit Stiftungen und Spenden  
502 überproportional stark, wo es lang geht, während Arme sich nicht einmal den Mitgliedsbeitrag in  
503 einer politischen Organisation leisten. Schon heute fühlen sich nur bestimmte Schichten dazu  
504 berufen und verfügen über ausreichend Selbstbewusstsein, politisch weitreichende Entscheidungen  
505 zu treffen und zu beeinflussen. Oft sind es diese feinen Unterschiede, die aus der sozialen  
506 Ungleichheit eine gravierende politische Ungleichheit machen. Wir wollen, dass politische Gleichheit  
507 nicht nur formal sondern in der Praxis bestehen kann.

508 Gleichheit der Lebensbedingungen ist gerade in der pluralen Gesellschaft ungemein wichtig für  
509 Gemeinschaft und sozialen Zusammenhalt. Wenn die soziale Ungleichheit so groß ist, dass die einen  
510 die jeweils individuell nachvollziehbaren Klagen der anderen nicht verstehen, weil die materiellen  
511 Lebensverhältnisse dermaßen auseinanderdriften, dann haben wir dadurch auch ein  
512 Demokratieproblem. Es ist nicht mehr nur ein Problem der Verteilungsgerechtigkeit, sondern auch  
513 der politischen Gerechtigkeit. Denn wie können wir uns auf eine gute Politik für alle verständigen,  
514 wenn wir die materiellen Sorgen der anderen nicht verstehen? Wie können wir uns auf eine für alle  
515 verbindliche Politik einigen, wenn Möglichkeiten zu gesellschaftlicher Teilhabe so unterschiedlich  
516 sind, sei es in der Freizeitgestaltung oder der Arbeitswelt, durch ökonomische Zwänge und die  
517 Verfügbarkeit von Zeit. Nur durch Gleichheit der Lebensbedingungen können wir in einer pluralen  
518 Gesellschaft demokratische Gleichheit und damit eine Politik unter Beteiligung aller erreichen.

519 Eine auf Gleichheit der Lebensbedingungen ausgerichtete Politik darf nicht nur Rhetorik sein. Sie  
520 muss in den verschiedenen Politikfeldern konsequent auf den effektiven Abbau von ökonomischen  
521 Ungleichheiten abzielen, um diese zentrale Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie zu  
522 verwirklichen.

523 *Bildung als Investition in Demokratie*

524 Ein weiterer entscheidender Schritt zu einer wirklichen politischen Gleichheit auf Augenhöhe ist gute  
525 Bildung. Auch deshalb stehen wir Grünen für ein Bildungssystem, das alle mitnimmt und alle fordert  
526 und fördert wie sie es individuell brauchen. Wir stehen für ein ganzheitliches Bildungsideal, das nicht  
527 auf ökonomische Verwertung bedacht ist, sondern zu allererst darauf abzielt, alle Menschen zu  
528 eigenständig denkenden Bürgerinnen und Bürgern heranzubilden, die Autoritäten kritisch  
529 hinterfragen können und auf Augenhöhe miteinander diskutieren können. Es braucht eine neue  
530 Aufklärung für eine Erneuerung der Demokratie. Auch Kultur und kulturelle Teilhabe für alle kann  
531 hier einen wichtigen Beitrag leisten.

532 *Gleichberechtigung in den Institutionen*

533 Es ist ein Skandal, dass die Gleichstellung von Männern und Frauen auch in der Politik weiterhin nicht  
534 verwirklicht ist. Der Frauenanteil in den Parlamenten ist auch bald 100 Jahre nach Einführung des  
535 Frauenwahlrechts noch erschreckend niedrig. Gesellschaftliche Hürden, unterschiedliche Verteilung  
536 von Ressourcen und Geschlechterstereotype verhindern nach wie vor gleiche politische Teilhabe für  
537 Frauen. Wir wollen 50 Prozent der Mandate in Frauenhände legen. Denn für uns ist klar: Demokratie  
538 ist es nur, wenn an den Entscheidungen auch Frauen gleichberechtigt beteiligt sind. Durch ein  
539 Paritätsgesetz sollten wir eine Grundlage schaffen, um schon bei den nächsten Wahlen mehr Frauen  
540 in die Parlamente und Gemeindevertretungen zu bringen.

541 *In einem Fachgespräch will die bündnisgrüne Bundestagsfraktion Anfang März mit Expertinnen und*  
542 *Experten herausfinden, welches Modell das geeignetste für Deutschland sein könnte; ob zum Beispiel*  
543 *Frankreich das ideale Vorbild wäre, wo die staatliche Parteienfinanzierung an den Frauenanteil der*  
544 *Mandate geknüpft ist. Wir werden die Ergebnisse in diesen Text einarbeiten.*

545 Gleichzeitig ist es wichtig, auch Geschlechtergerechtigkeit als zentrale Frage in politischen  
546 Entscheidungsprozessen zu verankern: alle Maßnahmen und politischen Entscheidungen sollten  
547 automatisch auch daran gemessen werden, ob sie zu mehr Geschlechtergerechtigkeit und damit zu  
548 mehr Demokratie führen. Dieser Ansatz – „Gender Mainstreaming“ – sollte daher überall Einzug  
549 finden. Statt den dramatischen Rückschritten unter Schwarz-Gelb müssen endlich die  
550 völkerrechtlichen Verpflichtungen zur Gleichstellung umgesetzt werden, wie die Vereinbarungen der  
551 4. Weltfrauenkonferenz und des Amsterdamer Vertrags.

552 Ohne Gleichstellung der Geschlechter kann es Politische Gerechtigkeit nicht geben – das gilt sowohl  
553 gesamtgesellschaftlich, als auch in den politischen Institutionen.

554 *Gleichheit bei Bürgerrechten*

555 Wenn wir es ernst meinen mit der politischen Gleichheit dann müssen wir endlich alle dauerhaft in  
556 Deutschland lebenden auch einbeziehen und ihnen denselben Status als politisch Gleiche  
557 zugestehen. Das heißt dann auch, Menschen, die noch nicht die deutsche Staatsbürgerschaft haben,  
558 ein Wahlrecht zuzugestehen, ihnen Bewegungsfreiheit und alle übrigen Rechte zu garantieren, die  
559 bislang Bürger von Nicht-Bürgern trennen. So wie einst das Frauenwahlrecht keine  
560 Selbstverständlichkeit war, so mögen wir in Zukunft zurückblicken auf einen Zustand im Jahr 2011, in  
561 dem Millionen von Menschen dauerhaft in den Grenzen unseres politischen Gemeinwesens lebten,  
562 Regeln zu befolgen hatten und Steuern zahlten, ohne dabei demokratisch diese Regeln und  
563 Vereinbarungen mitgestalten zu dürfen.<sup>12</sup>

564 *Politische Gerechtigkeit durch Grenzen: Menschenverachtung nicht zulassen*

565 Politische Gerechtigkeit beinhaltet auch Grenzen, die wir erreichen, wenn Grundrechte von  
566 Menschen berührt werden. Diese Grenzen selbst sind Teil von Politischer Gerechtigkeit, denn die  
567 gleiche politische Freiheit für alle ist nur möglich, wenn alle frei sind von Diskriminierung und  
568 Anfeindung. Die Freiheitlich-Demokratische Grundordnung definiert wo in einer wehrhaften

---

<sup>12</sup> Wir wollen dazu etwaige verfassungsrechtliche Bedenken im Verlauf der weiteren Arbeit des Zukunftsforums Demokratie prüfen.

569 Demokratie diese Grenze verläuft. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Rechtsextremismus  
570 werden wir weiterhin nicht dulden. Auch wer im bürgerlichen Gewand menschenverachtend redet  
571 oder handelt, verletzt Grundrechte. Auch wo menschenverachtendes Reden und Handeln so  
572 verpackt ist, dass es juristisch nicht als verfassungsfeindlich enttarnt werden kann, halten wir  
573 unseren Anspruch auf Toleranz, Freiheit und dadurch politische Gleichheit hoch. Konsequenter  
574 gesellschaftlicher Einsatz gegen diese Ressentiments ist auch ein Beitrag zum Streiten für Politische  
575 Gerechtigkeit.

#### 576 *Politische Gerechtigkeit in der Zukunft*

577 Vor ein besonderes Problem stellen uns existentielle Zukunftsfragen wie der Klimawandel. Wir  
578 Grünen haben mit unserem erweiterten Gerechtigkeitsbegriff und unserer Grundausrichtung auf  
579 Nachhaltigkeit schon immer die Zukunft in unser politisches Denken und Handeln mit einbezogen.  
580 Auch als Vorbedingung Politischer Gerechtigkeit müssen wir die Lebensgrundlagen einer Gesellschaft  
581 auch in der Zukunft mit einbeziehen. So wie es uns heute möglich ist, auf dieser Erde zu leben und  
582 uns als freie Gleiche in Vielfalt organisieren zu können, so gebietet unser Anspruch auf Politische  
583 Gerechtigkeit, in unserem Handeln auch diese Möglichkeit für zukünftige Generationen zu  
584 berücksichtigen. Wir dürfen nicht nur an uns selbst denken, und nicht nur an das Gemeinwohl im  
585 Jetzt, sondern müssen das Gemeinwohl auch über die Zeitachse denken und in unser Handeln  
586 einbeziehen.

#### 587 **Gleiche Zugänge bei Interessenvertretung**

588 Interessenvertretung ist Teil der Demokratie. Aus unserer Sicht ist die richtige Art, Interessen zu  
589 vertreten, an das Gemeinwohl zu denken und zu fragen: „Was ist gut für alle zusammen?“ – und  
590 nicht, was ist gut für den Einzelnen oder bestimmte Interessengruppen, auch wenn besonderes  
591 Augenmerk auf das Wohl Einzelner und bestimmter Gruppen auch für das Gemeinwohl wichtig sein  
592 kann. Es gehört aber zur Demokratie, Bürgerinnen und Bürgern nicht vorzuschreiben, was sie als  
593 politische Interessen definieren – denn alles andere wäre freiheitsfeindlich und totalitär.  
594 Interessenvertretung kann jedoch nur demokratisch sein, wenn die Zugänge zum politischen Prozess  
595 für alle gleich sind. Auch hier geht es für uns um Politische Gerechtigkeit.

596 Am Beispiel der Finanzlobby zeigt sich, wie eine Interessengruppe auf gefährliche Weise ungleich  
597 starken Einfluss auf die Politik nehmen kann. Hier ist nicht nur – wie in anderen Industrien – eine  
598 ressourcenstarke Arbeitgeberlobby auf dem Plan. Hier fehlt zudem das Gegengewicht. Zwar kann  
599 schnell auch aus der Zivilgesellschaft ein politischer Gegenspieler entstehen – wie das Beispiel der  
600 globalisierungskritischen Bewegung zeigt. Jedoch dürfte jedem klar sein: dem Heer an gutbezahlten  
601 Fachexperten und Kommunikationsspezialisten ist allein schon aus Ressourcengründen nur schwer  
602 ähnlich professionell entgegenzutreten. Die Ressource der größeren Glaubwürdigkeit allein kann der  
603 Zivilgesellschaft nicht den Platz am Verhandlungstisch, die vielen Lobbygespräche mit Politikerinnen  
604 und Politikern, sowie die Anzeigenkampagnen und PR-Manöver ersetzen.

#### 605 *Einhegung starker Interessen*

606 Die Schlussfolgerung kann nur sein: Starke Interessengruppen einhegen, und schwache  
607 Interessengruppen aus der Zivilgesellschaft fördern. Die Einhegung der gut organisierten Teile der  
608 Wirtschaft ist dabei ein wichtiger Schritt. Wir Grünen haben uns seit unserer Gründung das Angehen  
609 von Monopolen und politisch mächtigen Akteuren aus der Wirtschaft auf die Fahnen geschrieben.  
610 Nicht nur den Verbraucherinnen und Verbrauchern nutzt eine stärkere Dezentralität in der  
611 Wirtschaft. Auch die Demokratie braucht, dass nicht vier Stromkonzerne und zwei Großbanken ihre  
612 eigene Regulierung mit der Politik verhandeln, sondern dass wir eine Vielzahl kleinerer Akteure  
613 haben.

614 Allein aus dem Grund ist ein Ernstnehmen der Grundsätze und eine Erweiterung der Möglichkeiten  
615 des Kartellrechts etwa im Energie- oder Finanzsektor ein wichtiger Schritt auch um Politische  
616 Gerechtigkeit herzustellen. Zu Ende gedacht heißt ein Ernstnehmen dieser Grundsätze nichts  
617 anderes, als zu große Akteure zu entflechten und in kleinere Einheiten zu unterteilen. Gegen

618 Wettbewerbsverzerrungen mag man immer wieder aufs Neue versuchen, mit neuen Regeln  
619 entgegenzuwirken. Die Demokratieverzerrungen bekommen wir damit nicht in den Griff. Wer sich  
620 traut, Energiekonzernen, Finanz- und Versicherungsinstituten ihre Monopolstellung und damit ihre  
621 politische Machtkonzentration zu nehmen, wagt auch mehr Demokratie.

### 622 *Transparenz und Schranken für Lobbyismus*

623 Doch klar ist: selbst bei mehr Wettbewerb organisieren sich ressourcenstarke Gruppen und üben  
624 stärkeren Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse aus. Damit Bürgerinnen und Bürger aber  
625 wissen und gegebenenfalls kritisieren können, wie Entscheidungen zustande kommen, brauchen wir  
626 dringend mehr Transparenz. Wir wollen daher endlich ein verpflichtendes Lobbyregister einrichten,  
627 durch das jede Bürgerin und jeder Bürger mit ein paar Klicks auf der Bundestags-Homepage erfahren  
628 kann, wer in Berlin oder Bonn mit wie viel Geld in wessen Auftrag zu welchem Thema Lobbying  
629 betreibt. Auch auf Länderebene braucht es entsprechende Regelungen. Nicht nur Verbände und  
630 Nichtregierungsorganisationen, sondern auch Unternehmen, PR-Agenturen, Denkfabriken,  
631 Anwaltskanzleien und selbstständige Lobbyisten müssen ab einer bestimmten Schwelle von  
632 Ressourceneinsatz ihre Lobbytätigkeiten offenlegen.

633 Aber nicht allein die Beeinflussung von außen ist ein Problem. Auch Politiker selbst müssen als  
634 gewählte Repräsentanten frei von Interessenkonflikten sein. Deshalb wollen wir eine dreijährige  
635 Karenzzeit für ausscheidende Mitglieder einer Bundesregierung, Staatssekretäre und andere  
636 Führungspersonen wie zum Beispiel Abteilungsleiter einführen, während der keine Lobby-Tätigkeiten  
637 ausgeübt werden dürfen. Entsprechende Regeln braucht es auch für Landesregierungen und auf EU-  
638 Ebene. Auch bei Parlamentariern müssen wir Wege finden, Interessenkonflikte durch fliegende  
639 Wechsel zu verhindern.

640 Weiterhin gibt es Nachbesserungsbedarf bei Transparenzregeln für Nebeneinkünfte. Bislang liegt die  
641 Obergrenze der Veröffentlichungsstufen bei 7.000 Euro. Hier wollen wir auch über diesen Betrag  
642 hinaus Stufen in 10.000er-Schritten einführen, um erfahren zu können, ob ein Abgeordneter nun  
643 7.000 Euro oder 700.000 Euro Nebeneinkünfte hat. Unklarheiten bei Jahres- und Monatsangaben gilt  
644 es zu beseitigen. Wichtig ist, dass nicht nur Transparenz hergestellt wird, sondern auch Kontrollen  
645 und bei Verstößen Sanktionen eingeführt werden.

646 Das Problem der Sonderrolle von Anwälten und deren Berufsgeheimnis erkennen wir an. Es kann  
647 jedoch nicht sein, dass an dieser wichtigen Stelle Demokratie gegen berufliche Interessen ausgespielt  
648 wird. Hier werden wir Lösungen suchen, möglicherweise durch eine Unterscheidung der Arbeit von  
649 Anwälten in Mandatstätigkeiten einerseits, und PR- und Lobby-Tätigkeiten andererseits. Genau wie  
650 bei einem verpflichtenden Lobbyregister wollen wir auch bei den Nebeneinkünften eine  
651 übersichtliche Suchmöglichkeit auf der Bundestags-Homepage einrichten.

652 Es braucht ein konsequentes Verbot von Mitarbeit durch Lobbyisten in den Ministerien. Es kann nicht  
653 sein, dass diejenigen, die Gesetze schreiben von denen bezahlt werden, die durch die selben Gesetze  
654 reguliert werden. Das gleiche Prinzip gilt für das Schreiben von Gesetzen durch Kanzleien, deren  
655 Klienten durch diese Gesetze betroffen sind. Wenn der Staat ein Expertise-Problem hat, dann muss  
656 dieses durch einen Aufbau von eigener Expertise gelöst werden. Zusätzliche Expertise muss  
657 ausgewogen und auf demokratischem Wege etwa durch Anhörungen eingeholt werden. Demokratie  
658 darf nicht unter Finanzierungvorbehalt stehen. Und letztlich zahlt es sich für alle aus, wenn die  
659 Gesetze auch allen zusammen nutzen.

660 Insbesondere auch auf der Ebene der Europäischen Union müssen wir Transparenzregeln und  
661 Schranken stärken. In Brüssel tummeln sich Schätzungen zufolge 15.000 Lobbyistinnen und  
662 Lobbyisten und versuchen ohne große Öffentlichkeit, Politikprozesse in den Institutionen der EU zu  
663 beeinflussen.<sup>13</sup> Externe Expertengruppen in europäischen Institutionen werden vielfach

---

<sup>13</sup> LobbyControl: <http://gruenlink.de/bu>.

664 unausgewogen besetzt. Es kann nicht sein, dass ehemalige EU-Kommissare direkt nach ihrem  
665 Ausscheiden in Lobbytätigkeiten wechseln. Deshalb brauchen wir Karenzzeiten und strikte Regeln für  
666 Interessenkonflikte bei EU-Behörden.

#### 667 *Korruption wirksam bekämpfen*

668 Korruption müssen wir konsequent unterbinden. Das beste Mittel gegen Korruption ist Transparenz.  
669 Notwendig ist ein bundesweites Korruptionsregister über Unternehmen, die durch  
670 Wirtschaftskriminalität aufgefallen sind. Wir brauchen einen wirksamen Schutz von  
671 „Whistleblowern“, die die Öffentlichkeit über Missstände in Unternehmen und Behörden  
672 informieren. Es ist ein Skandal, dass Deutschland die UN-Konvention gegen Korruption bis heute  
673 nicht ratifiziert hat - wir wollen uns dafür einsetzen, dass dies endlich passiert. Dazu braucht es eine  
674 Neuregelung des Straftatbestandes bei der Abgeordnetenbestechung.

#### 675 *Schwache Interessen und unterrepräsentierte Gruppen stärken*

676 Durch die Einhegung von starken Interessengruppen allein werden wir das Problem ungleicher  
677 Zugänge aber nicht lösen. Wir müssen schwache Interessengruppen zugleich fördern. Gerade hier  
678 mangelt es uns an guten Antworten. Ein Problem ist, dass wir nicht entscheiden können welches  
679 Interesse nun förderungswürdig ist und welches nicht, auch wenn uns intuitiv einleuchtet, dass die  
680 Zukunft, die Allgemeinheit oder auch Entwicklungsländer solche Interessen sind. Die kritische  
681 Zivilgesellschaft ist hier gefragt, diese Interessen aufzudecken und zu artikulieren. Dann gilt es, solche  
682 Initiativen zu bestärken, ihnen Zugang zu politischen Konsultationen zu verschaffen und sie  
683 steuerrechtlich zu begünstigen, damit diese für die Demokratie so wichtige Ressource der  
684 Interessenartikulation zur Geltung kommen kann. Es sollte zum guten Stil in der Politik gehören  
685 gerade schwache Interessen immer mit besonderer Achtsamkeit mitzudenken, gerade weil sie per  
686 Definition nicht von sich aus laut auf sich aufmerksam machen.

687 Nicht nur schwachen Interessen, auch unterrepräsentierten Gruppen gilt es Zugang zum politischen  
688 Prozess zu verschaffen. Denn Maßnahmen, die auf gesellschaftliche Vorbedingungen wie Gleichheit  
689 der Lebensbedingungen, Geschlechtergleichheit und Bildungsinvestitionen abzielen, werden  
690 verfestigte Strukturen der Ungleichheit in Beteiligung nicht von heute auf morgen ändern. Deshalb  
691 müssen wir, um benachteiligte Gruppen in der Gesellschaft auch jetzt Zugänge zu verschaffen,  
692 zusätzlich Verfahren öffnen und politische Teilhabe gezielt fördern. Dazu gilt es,  
693 Geschlechtergleichheit in Partizipation und Repräsentation beispielsweise durch Änderungen im  
694 Parteiengesetz zu erreichen. Ebenso wichtig sind Maßnahmen zur gezielten Stärkung der politischen  
695 Teilhabe junger Menschen, von Migrantinnen und Migranten, bildungsferner Schichten, von  
696 Arbeitslosen. Modelle wie „Community Organizing“ in Stadtteilen sollten auf ihren Erfolg in der  
697 politischen Einbindung Ausgeschlossener überprüft werden und gegebenenfalls verstärkt in Angriff  
698 genommen werden. Auch in den öffentlich-rechtlichen Medien müssen wir stärkere Zugänge zu  
699 politischen Diskursen für ausgeschlossene Gruppen der Gesellschaft schaffen. Junge Menschen  
700 sollten schon als Kinder und Jugendliche insbesondere in der Kommunalpolitik wirkliche  
701 Mitspracherechte erhalten und aktiv bei Entscheidungsprozessen eingebunden werden. Auch in  
702 unserer eigenen Partei müssen wir Zugangshürden abbauen, damit eben alle und nicht allein  
703 bestimmte Gruppen der Gesellschaft politisch mitreden können.

704 *Bei allen wichtigen Bemühungen um Politische Gerechtigkeit, bei den Vorbedingungen und bei den*  
705 *institutionellen Zugängen, dürfen wir nicht vergessen: Attraktiv ist politische Beteiligung letztlich nur,*  
706 *wenn es wirklich etwas zu entscheiden gibt. Erst wenn die Macht, die den wenigen Vertreterinnen und*  
707 *Vertretern in den politischen Institutionen geliehen ist, verstärkt auch für Beteiligung durch*  
708 *Bürgerinnen und Bürger geöffnet wird, kann die lebendige Demokratie erwachsen, für die wir Grüne*  
709 *uns einsetzen und die viele erwarten, die sich abwenden oder die auf die Straße gehen und*  
710 *Beteiligung einfordern. Wir wollen Politische Gerechtigkeit, und: wir wollen mehr Beteiligung!*

711

## 712 **2.2 Starke Demokratie als Antwort auf die Krisen!**

713

714 Die Gefahr, dass mit einer Zuspitzung der Klimakrise der autoritäre Ruf nach expertokratischer  
715 Lenkung immer lauter wird, ist immens. Eine solche Entwicklung wäre eine Katastrophe für die  
716 Demokratie und damit ein Angriff auf die politische Freiheit aller. Der Ruf nach mehr Demokratie darf  
717 deshalb die Klimakrise nicht ignorieren, sondern muss sie zum Thema machen. Es geht darum  
718 zweierlei zu zeigen: Dass der Kampf gegen den Klimawandel als ein Kampf für Freiheit und  
719 Selbstverwirklichung aller zu verstehen ist, und damit auch als ein Kampf für unsere politische  
720 Freiheit von morgen. Und dass eine Lösung der Klimakrise nur demokratisch zu bewerkstelligen ist.  
721 Wie sonst kann man der Willkür der Lenker und Experten begegnen? Wie sonst können sich die  
722 Betroffenen der Veränderung selbst überzeugen lassen? Und wie sonst lässt sich ein produktiver  
723 Wettbewerb der besten Ideen und Ansätze herstellen?

724 Wir sagen: Bekämpfung von Klimawandel und Finanzkrise dürfen nicht gegen Demokratie ausgespielt  
725 werden. Wir wollen mehr Partizipation statt Experten-Lenkung und Populismus. So wollen wir Lehren  
726 ziehen aus dem Konflikt um Stuttgart 21 und der zunehmenden Politikverdrossenheit. Wir wenden  
727 uns gegen das Dogma des „Durchregierens“. Preußen und Obrigkeitsstaatlichkeit waren vorgestern –  
728 im 21. Jahrhundert, nach den Erfahrungen des Totalitarismus, wissen wir ein für alle Mal, dass die  
729 Idee der Freiheit und demokratischen Beteiligung das einzig akzeptable Prinzip ist, das als Grundlage  
730 gesellschaftlicher Regeln gelten kann. Demokratie braucht gerade in der pluralen Gesellschaft  
731 demokratischen Zusammenhalt – und wir sind davon überzeugt dass dieser Zusammenhalt gerade  
732 dann entsteht, wenn Bürgerinnen und Bürger auch wirklich politisch teilhaben – wenn wir  
733 gemeinsam, demokratisch, die großen Zukunftsherausforderungen angehen.

734 Wir wollen eine starke Demokratie: dafür brauchen wir *starke Bürgerinnen und Bürger, starke*  
735 *Abgeordnete, und starke und transparente Parlamente*. Wir wollen *partizipatives Regieren* und eine  
736 *starke und unabhängige Justiz*. Wir wollen *demokratische Parteien* und wir wollen *Demokratie in der*  
737 *Wirtschaft*. Schließlich wollen wir eine *Stärkung der Kommunen und Regionen*. Nur so können wir es  
738 schaffen, den Krisen entgegenzutreten ohne die Demokratie auf der Strecke zu lassen.

### 739 **Starke Bürgerinnen und Bürger**

740 Die Institutionen der repräsentativen Demokratie sind am Ende ein Spiegel der Bürgergesellschaft.  
741 Nur wenn kritische und aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger denjenigen, denen sie in Wahlen die  
742 politische Macht geliehen haben, auch auf die Finger schauen und schauen können, kann der Wille  
743 des Volkes zum Tragen kommen.

744 Und: Demokratische Beteiligung erschöpft sich nicht in Wahlen und statistisch repräsentativen  
745 Meinungsumfragen. Demokratische Beteiligung ist auch, wenn Menschen sich aktiv in politische  
746 Entscheidungsprozesse einklinken, wenn sie ihre Meinung kund tun, durch Protest, durch Petitionen,  
747 durch Volksbegehren oder durch Bürgerinitiativen. Auch Konsumverhalten kann eine Form der  
748 politischen Beteiligung sein.

749 Der Versuch, die immer wieder eingeforderte Einmischung in politische Entscheidungen als  
750 „Verhinderungsdemokratie“ zu diskreditieren, ist unredlich und geht am demokratischen  
751 Selbstverständnis vieler Menschen vorbei. Wir Grüne wollen Bürgern Möglichkeiten geben, selbst  
752 mitzulesen, mitzureden, mitzugestalten und Einfluss zu nehmen. Wir wollen Beteiligung durch  
753 bestehende Möglichkeiten stärken und neue Möglichkeiten dazu schaffen.

754 Dabei ist es wichtig, immer im Blick zu haben, dass es beim Bürgerengagement eine weit  
755 auseinanderklaffende soziale Schere gibt. Dagegen direkt anzugehen ist nur schwer möglich, denn  
756 Engagement lebt von der freien Initiative. Die Ungleichheit in Engagement bestätigt uns jedoch in  
757 unseren Bemühungen um Politische Gerechtigkeit und deren Vorbedingungen. Auch sollte bei jeder  
758 Politik zu Stärkung bürgerschaftlichen Engagements die soziale Ungleichheit in Partizipation

759 berücksichtigt werden und beständig nach neuen Möglichkeiten der Aktivierung der politisch  
760 Ausgegrenzten gesucht werden.

#### 761 *Bürgerinitiativen ernstnehmen*

762 Wir Grüne nehmen Bürgerinitiativen sehr ernst. Wenn Bürgerinitiativen entstehen ist dies ein Ur-  
763 Impuls von Demokratie. Sie sind fast immer nicht nur Ausdruck von eigener Betroffenheit, sondern  
764 auch von Sorge um das Gemeinwohl. An vielen Orten sind wir Grünen auch Teil von Bürgerinitiativen,  
765 wir wollen uns aber davor hüten, sie parteipolitisch zu instrumentalisieren. Auch stimmen wir nicht  
766 mit allen Bürgerinitiativen überein. Aber selbst dann nehmen wir sie ernst, statt sie zu diffamieren  
767 und auszuschließen. Einzige Grenze ist die Freiheitlich-Demokratische Grundordnung. Wer  
768 Grundrechte verletzt oder verletzen will, verlässt den Raum der Demokratie.

#### 769 *Direkte Demokratie stärken*

770 Wir wollen direkte Demokratie stärken. Dazu wollen wir die stärkere Nutzung bereits bestehender  
771 Instrumente der direkten Demokratie fördern und setzen uns für eine Einführung einer drei-stufigen  
772 Volksgesetzgebung auf Bundesebene ein, sowie weitere Möglichkeiten zur direkten Einflussnahme  
773 von Bürgerinnen und Bürgern auf politische Entscheidungen.

774 Durch eine Ergänzung der auf Bundesebene bislang rein repräsentativen Demokratie um Elemente  
775 der direkten Demokratie erreichen wir, dass Bürgerinnen und Bürger künftig ihre Stimme nicht nur  
776 alle paar Jahre unwiederbringlich abgeben, sondern dass sie diese auch zwischen den Wahlen  
777 behalten. Mehr noch: Nicht nur Bundesregierung, Fraktionen oder Bundesrat sollen  
778 Gesetzesinitiativen formulieren und einbringen können, sondern jede und jeder kann eigene  
779 Volksinitiativen auf den Weg bringen. Unterstützt eine ausreichende Anzahl von Bürgerinnen und  
780 Bürgern das Anliegen, muss sich der Bundestag damit beschäftigen. Wenn dieser der Sache nicht  
781 zustimmt, kann eine Initiative mit einer größeren Zahl von Unterschriften einen Volksentscheid  
782 erwirken. Dies ist dann ebenso ein Akt hoheitlicher Willensbildung wie etwa eine Wahl, nur dass es  
783 diesmal nicht um Personen geht, sondern um eine bestimmte Sachfrage.

784 Mit direkter Demokratie stärken wir nicht nur die unmittelbare Beteiligung von Bürgerinnen und  
785 Bürgern, sondern schaffen auch einen neuen Raum für demokratisches Leben: durch Kampagnen von  
786 Volksinitiativen und Volksbegehren und besonders im Vorlauf zu einem Volksentscheid kommt es zu  
787 einer intensiven öffentlichen Auseinandersetzung mit Sachfragen, und zwar nicht allein im Dreieck  
788 zwischen Regierungsmehrheit, Opposition und Massenmedien, sondern auch und viel unmittelbarer  
789 mit den Bürgerinnen und Bürgern und Initiativen aus der Zivilgesellschaft. Denn am Ende eines  
790 solchen Verfahrens sind alle bei der Abstimmung gefragt. Somit stärkt direkte Demokratie die  
791 demokratische Kultur und das politische Bewusstsein und die Informiertheit in der Bevölkerung.

792 Unser Vorschlag für eine Volksgesetzgebung auf Bundesebene umfasst drei Stufen: zunächst die  
793 Volksinitiative, durch die eine Initiative mit 400.000 Unterschriften eine Gesetzesvorlage zur  
794 Abstimmung im Bundestag einbringen kann. Darüber hinaus können fünf Prozent der  
795 Wahlberechtigten (also derzeit etwa drei Millionen Menschen) innerhalb von sechs Monaten ein  
796 Volksbegehren zustande bringen, durch welches weitere sechs Monate nach Erfolg des Begehrens  
797 ein Volksentscheid durchgeführt wird. Ist ein Volksbegehren erfolgreich, beginnt eine umfangreiche  
798 öffentliche Information und Diskussion über das zur Abstimmung stehende Vorhaben. Alle  
799 Bürgerinnen und Bürger erhalten mit der offiziellen Benachrichtigung ein Papier, das die Argumente  
800 für und gegen den Vorschlag authentisch und in gleicher Form und Länge enthält.

801 Der Bundestag kann dazu einen Alternativentwurf mit zur Abstimmung stellen. Durch eine präventive  
802 Normenkontrolle kann das Bundesverfassungsgericht verfassungswidrige Abstimmungsvorhaben  
803 stoppen. Wir halten es für überaus wichtig, dass eine gute und ausgewogene Information der  
804 Bürgerinnen und Bürger gewährleistet wird. Dazu gilt es Transparenz über die Finanzierung von  
805 Volksentscheid-Kampagnen und eine Begrenzung der Spendenhöhe zu gewährleisten. Auch eine

806 Begrenzung der Konzentration von medialer Macht gilt es deshalb in Angriff zu nehmen: denn nur bei  
807 einer vielfältigen Medienlandschaft ist ausgewogene Information möglich.

808 Wir sollten jedoch von vorneherein auch klar anerkennen, dass wir bei aller Begeisterung und guten  
809 Gründen die direkte Demokratie nicht für die Zauberlösung für alle Demokratieprobleme halten.  
810 Auch betrachten wir sie keinesfalls als Ersatz für die repräsentative Demokratie. Im Gegenteil: für uns  
811 ist direkte Demokratie eine wichtige Ergänzung und Bereicherung, ja eine Stärkung von  
812 repräsentativer Demokratie. Durch mehr direkte Beteiligung an politischen Entscheidungen werten  
813 wir die Arbeit von Parlamenten auf, wir stärken die direkte Anteilnahme der Bürgerinnen und Bürger  
814 an politischen Entscheidungsprozessen, und können damit auch aufgeklärtere und bewusstere  
815 Bürgerinnen und Bürger gewinnen, ohne die eine lebendige Demokratie nicht funktioniert.

816 Wir erkennen auch Probleme bei der direkten Demokratie an. So gelingt – wie in allen Bereichen  
817 politischer Beteiligung – häufig nur eine Mobilisierung bestimmter Schichten. Viele, die sich schon  
818 nicht an Wahlen beteiligen, können auch durch Volksgesetzgebung nicht für eine Mitgestaltung in  
819 der Demokratie gewonnen werden. Dieses Problem können wir nur an der Wurzel anpacken –  
820 weswegen auch die direkte Demokratie den Einsatz für Politische Gerechtigkeit und deren  
821 Vorbedingungen braucht. Wir sehen auch die Gefahren durch Versuche der Lobbymanipulation und  
822 wir erkennen an, dass es zahlreiche Negativbeispiele der direkten Demokratie gibt, in denen  
823 Rechtspopulisten fremdenfeindliche Ressentiments bei Volksentscheiden mobilisieren konnten. Es  
824 kommt daher umso mehr darauf an, Elemente der direkten Demokratie mit Bedacht umzusetzen und  
825 tieferliegende Probleme gleichzeitig an der Wurzel zu packen.

826 So wie dies auch für alle Mehrheitsentscheidungen durch Volksvertreterinnen und –vertreter in den  
827 Parlamenten gilt, so sind die im Grundgesetz festgeschriebenen Grundrechte auch für  
828 Volksgesetzgebung bindend. Für direkte Demokratie muss daher genauso die präventive  
829 Normenkontrolle durch das Bundesverfassungsgericht gelten. Auch im Nachhinein muss ein Gesetz  
830 durch das Bundesverfassungsgericht gekippt werden können, wenn es verfassungswidrig ist. So wäre  
831 es gar nicht möglich, durch ein Volksbegehren beispielsweise die Todesstrafe einzuführen oder  
832 eindeutig minderheitenfeindliche Gesetze durchzusetzen. Ein Problem allerdings sehen wir in der  
833 Grenzziehung: Ab wann ist ein minderheitenfeindliches Gesetz nicht mehr explizit genug, um durch  
834 den Grundrechtsschutz verhindert zu werden? Dies ist jedoch ein generelles Problem, welches auch  
835 für parlamentarische Mehrheitsentscheidungen gilt. Und genau deswegen hilft es dagegen auch  
836 nicht, sich hinter Repräsentanten, die durch Mehrheiten gewählt werden und mit Mehrheiten  
837 entscheiden, zu verstecken. Demokratie ist immer ein Balanceakt zwischen Mehrheitswille auf der  
838 einen Seite und Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenschutz auf der anderen Seite – egal ob der  
839 Mehrheitswille über Abgeordnete oder per Volksentscheid in die Gesetzgebung übersetzt wird. Diese  
840 Balance im Sinne von Freiheit, Gerechtigkeit und Vielfalt zu finden ist eine gesellschaftliche  
841 Herausforderung, der wir uns immer aufs Neue stellen müssen. Ein Volksentscheid  
842 verursacht keine Probleme – er deckt sie wenn überhaupt nur auf.

843 Über die dreistufige Volksgesetzgebung hinaus wollen wir dem Bundestag selbst die Möglichkeit  
844 eröffnen, einen Volksentscheid zu solchen Gesetzen einzuleiten, für die eine verfassungsändernde  
845 Mehrheit erforderlich ist. Der Volksentscheid käme in einem solchen Fall zustande, wenn eine  
846 Zweidrittelmehrheit im Bundestag das entsprechende Gesetz für so bedeutend hält, dass das Volk  
847 selbst über dessen Zustandekommen entscheiden soll. Der Vorlagebeschluss bedarf der Zustimmung  
848 von zwei Dritteln der Stimmen des Bundesrates. Wir befürworten außerdem obligatorische  
849 Referenden über Änderungen des Grundgesetzes und über die Ratifizierung neuer EU-Verträge. Zu  
850 diskutieren ist die Frage, ob Änderungen des Grundgesetzes selbst oder eine Verfassungsreform auf  
851 direktdemokratischem Wege ermöglicht werden sollten, und wenn ja nach welchem Verfahren.

852 Auf der Ebene der Europäischen Union gibt es neuerdings die Möglichkeit zu einer europäischen  
853 Bürgerinitiative (EBI). Dies begrüßen wir und wollen deren Nutzung durch Bürgerinnen und Bürger  
854 der EU fördern. Dazu wollen wir sie bürgerfreundlicher und klarer ausgestalten.

855 In der Kommunalpolitik sind Bürgerhaushalte ein zusätzliches Modell der direktdemokratischen  
856 Mitgestaltung durch das Bürgerinnen und Bürger direkt über die Verwendung eines Teils der  
857 öffentlichen Mittel entscheiden können. Gerade hier ist wichtig, dass auch tatsächlich ein relevantes  
858 Haushaltsvolumen zur Verteilung freigegeben wird. Denn für Mangelverwaltung sind  
859 Bürgerhaushalte ungeeignet, verstärken sie doch so nur die Frustration über kommunale  
860 Handlungsunfähigkeit. Gerade am Modell der Bürgerhaushalte wird deutlich, dass Beteiligung immer  
861 nur funktionieren kann, wenn sowohl wirklich Macht abgegeben wird, als auch mit dieser Bürger-  
862 Macht etwas zu bewegen ist.

### 863 *Parlamentarischen Prozess öffnen*

864 Im Parlament entscheiden Parlamentarier – so viel steht fest. Und klare Verantwortlichkeiten sind  
865 gerade für Demokratie wichtig. Es ist allerdings nicht ersichtlich, warum der parlamentarische  
866 Prozess dabei nicht weiter für Bürgerinnen und Bürger geöffnet werden kann. Auch wenn die  
867 Grenzen für eine Öffnung darin liegen, dass das Parlament arbeitsfähig sein muss, sehen wir die  
868 Möglichkeiten der direkten Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern auch an der Parlamentsarbeit  
869 nicht als ausgeschöpft an. Beteiligung sollte auch nicht allein als Mehraufwand und Arbeitshindernis  
870 betrachtet werden, sondern als notwendiges und bereicherndes Element von Demokratie.

871 Wir setzen uns für eine stärkere Beteiligungsmöglichkeit auch bei parlamentarischen Verfahren ein.  
872 Bereits 2005 ist das europaweit einmalige System der öffentlichen Petitionen unter unserer  
873 wesentlichen Federführung eingeführt worden. Die steigende Zahl von Nutzerinnen und Nutzern und  
874 Mitzeichnenden, sowie die umfangreichen Debatten unterstreichen, dass eine Stärkung des  
875 Petitionsrechts der richtige Weg ist. Es gilt zu überprüfen ob die Fristen ausreichend lang sind, und ob  
876 die Mindestzahl an Mitzeichnenden abgesenkt werden kann, mit der Petenten den Ausschuss  
877 zwingen können, sich einer Petition anzunehmen. Zu prüfen ist darüber hinaus die Einführung eines  
878 Ombudsmenschen nach schwedischem Vorbild, der oder die mit weitreichenden Kompetenzen  
879 zwischen Bürgern und Institutionen vermitteln kann und Bürgerinnen und Bürger in ihrer Beteiligung  
880 an parlamentarischen Prozessen stärkt.

881 Gerade die neuen Kommunikationstechnologien im Web 2.0 eröffnen hier neue Horizonte. Durch  
882 Online-Beteiligung könnten insbesondere junge Menschen für Politik gewonnen werden. Hier gilt es  
883 jedoch genau hinzuschauen und gute Modelle von schlechten unterscheiden zu lernen. Es ist  
884 frustrierend und für langfristige Demokratiebegeisterung eher schädlich, wenn Internetforen veraltet  
885 und ungenutzt im Netz verstauben und Beteiligung im virtuellen Raum verpufft. Es ist dagegen  
886 motivierend und stärkt die Demokratie, wenn das Netz klug und professionell für gezielte Beteiligung  
887 genutzt wird, wenn Menschen auch mit wenig Zeit die Möglichkeit bekommen ihre Stimme hörbar zu  
888 machen.

889 Neue Foren zur Deliberation, also zum zwanglosen Austausch von Argumenten, sollten verstärkt in  
890 den Fokus von Strategien zu Beteiligung gerückt werden. Anhörungsverfahren, zu denen Bürgerinnen  
891 und Bürger beispielsweise per Los eingeladen werden, können eine Bereicherung für den  
892 parlamentarischen Prozess sein. In Kommunen gibt es das Modell der Bürgerpanels, über das durch  
893 eine repräsentative Stichprobe aus der Einwohnerschaft einer Kommune über einen Zeitraum von  
894 drei bis vier Jahren regelmäßig aktuelle Themen der Kommunalpolitik diskutiert werden können.  
895 Modelle wie die Bürger- oder Zukunftswerkstatt, sowie Planungszellen haben sich bereits als gute  
896 Möglichkeiten erwiesen, um engagierte Bürgerinnen und Bürger vor Ort effektiv einzubinden und  
897 deren Ideenreichtum und eine Vielfalt von Perspektiven direkt in die Politik einfließen zu lassen. In  
898 Kinder- und Jugendparlamenten können junge Menschen zugleich Demokratie lernen und über  
899 Anträge Einfluss auf lokale Politik nehmen.

900 Wir müssen bei Beteiligungsoffensiven aus Fehlern in der Vergangenheit lernen. Der „Agenda-21“-  
901 Prozess ist vielerorts ein Beispiel dafür, wie Engagement auch frustriert werden kann, wenn es  
902 verpufft und an lokalen Machtverhältnissen scheitert. Nur wo Gehörte auch ernstgenommen werden  
903 und wo Macht real abgegeben wird, kann Bürgerbeteiligung florieren. Bürgerinnen und Bürger

904 wollen nicht nur mitreden, sondern auch mitentscheiden. Und bei neuen Beteiligungsverfahren, bei  
905 denen nicht mitentschieden sondern lediglich mitgeredet wird, muss dafür Sorge getragen werden,  
906 dass Argumente auch tatsächlich in parlamentarische Diskurse einfließen können und nicht zur  
907 Legitimitätsbeschaffung missbraucht werden. Eine Pseudo-Beteiligung zur Befriedung von Konflikten  
908 kann nicht das Ziel sein. Damit stärkere Beteiligung die Ungleichheit in politischer Partizipation nicht  
909 noch verschärft sollte außerdem immer der Versuch unternommen werden, gleiche Zugangschancen  
910 für alle zu neuen Beteiligungsformen zu befördern.

#### 911 *Wahlrecht demokratisieren*

912 Wir wollen der Stimme der Bevölkerung auch bei Wahlen mehr Gewicht geben. Zuvorderst wollen  
913 wir deshalb überhaupt allen dauerhaft in Deutschland lebenden Menschen die Möglichkeit zum  
914 Wählen geben. Es ist ein Skandal dass Millionen von Menschen in Deutschland diese Möglichkeit  
915 vorenthalten wird. Regeln, die für alle gelten, müssen auch von allen demokratisch gestaltet werden  
916 können. (Siehe: 2.1 Politische Gerechtigkeit)

917 Das Wahlrecht muss bürgerfreundlicher gestaltet werden, um sicherzustellen, dass Menschen einer  
918 Wahl nicht fernbleiben, weil sie nicht ausreichend gut informiert waren. Gerade bei komplizierteren  
919 Wahlverfahren sind übersichtliche und leicht verständliche Informationen darüber, wie Wahlzettel  
920 auszufüllen sind und auch wie die abgegebenen Stimmen im Verfahren gewertet werden, ein  
921 wichtiger Schritt, Barrieren zur politischen Beteiligung abzubauen.

922 Darüber hinaus wollen wir den Schritt prüfen, Wählerinnen und Wählern –wo noch nicht geschehen  
923 – eine Einflussmöglichkeit auf die Listenreihenfolge einer Partei zur Stärkung einzelner Abgeordneter  
924 zu verschaffen. Hier gilt es jedoch, die Vor- und Nachteile eines solchen Schrittes gründlich  
925 abzuwägen. Andere Fragen, in denen wir bislang keine Einigung erzielen konnten, sind die weitere  
926 Absenkung des Wahlalters oder eine gänzliche Abschaffung des Mindestalters für Wahlen. Immerhin  
927 handelt es sich um ein Recht und nicht eine Pflicht zum Wählen, welches jeder Mensch zu einem für  
928 sich richtigen Zeitpunkt entdecken sollte. Ebenfalls offen ist für uns die Frage einer Absenkung der  
929 5%-Hürde zum Einzug in Landesparlamente oder den Bundestag.

#### 930 *Öffentlichen Raum erhalten*

931 Ein scheinbar banaler, aber in der Praxis sehr wichtiger Beitrag zur Stärkung der politischen Teilhabe  
932 von Bürgerinnen und Bürgern ist aus unserer Sicht das Bewahren öffentlichen Raums. Ob in  
933 Bürgerzentren, auf öffentlichen Plätzen, in Parks: öffentlicher Raum ist Grundvoraussetzung für  
934 Demokratie. Erst hier können Menschen sich begegnen, die sonstige Wege und Orte des Alltags nicht  
935 zusammenführen. Hier können Menschen aus allen Schichten und kulturellen Hintergründen  
936 zusammenfinden. Hier können Veranstaltungen organisiert werden und Diskurse stattfinden. Hier  
937 kann demokratisches Leben eine Heimat finden, die für alle annehmbar ist. Wir wenden uns daher  
938 gegen die zunehmende Kommerzialisierung und Zurückdrängung öffentlicher Räume. Die  
939 Vertreibung Schwacher gerade aus den Zentren großer Städte ist auch aus demokratischer Sicht nicht  
940 hinzunehmen: wie soll jemand als politisch Gleicher an demokratischer Politik teilhaben, wenn er  
941 oder sie nicht mal auf dem öffentlichen Platz erwünscht ist? Demokratie bedeutet ganz fundamental  
942 dass alle Menschen ihren Platz in der Gemeinschaft haben. Dazu braucht es Orte, an denen jeder  
943 erwünscht ist.

#### 944 *Starke Bürgerinnen und Bürger brauchen unabhängige Medien*

945 In einer modernen Demokratie wird Politik zum großen Teil über Massenmedien vermittelt. Ein  
946 direkter Austausch ist in einem großen Staat von 80 Millionen Menschen rein praktisch nicht  
947 möglich. Medien kommt daher in der Demokratie eine Schlüsselrolle zu: in der Vermittlung von  
948 politischen Inhalten und indem sie politischen Diskursen Raum geben. Für die Demokratie ist es  
949 daher unabdingbar, dass die Medienlandschaft vielfältig ist und öffentlich-rechtliche  
950 Rundfunkanstalten unabhängig arbeiten. Unabhängiger, pluraler und kritischer Journalismus ist für  
951 Politiker häufig unbequem –und das ist gut so. Es braucht eine vierte Gewalt, die den Akteuren in

952 den politischen Institutionen auf die Finger schaut, und beispielsweise aufdeckt wenn in den  
953 Grauzonen der Politikbeeinflussung skandalöse und demokratieschädliche Praktiken stattfinden.

954 Für die Demokratie ist eine Trennung von publizistischer und politischer Macht ungemein wichtig.  
955 Der Einfluss des Präsidenten Silvio Berlusconi in der italienischen Medienlandschaft ist ein  
956 abschreckendes Beispiel. Wir brauchen mehr Transparenz über die Eigentumsverhältnisse in  
957 Medienunternehmen, unter Berücksichtigung der gesamten publizistischen Verwertungskette.  
958 Darüber hinaus gilt es, das Kartellrecht gerade im Mediensektor konsequent durchzusetzen, um den  
959 lokalen Medienmonopolen, die sich vielerorts breit gemacht haben, entgegenzuwirken. Das  
960 Kartellrecht alleine reicht jedoch nicht aus, da dies allein auf Begrenzung von Marktmacht  
961 ausgerichtet ist. Wir wollen Meinungsmacht begrenzen um Vielfalt zu sichern. Dazu sollte die  
962 „Kommission zur Ermittlung von Konzentration im Medienbereich“ (KEK) gestärkt werden. Zur  
963 Stärkung von Unabhängigkeit im Zeitungsmarkt sollten nicht profit-orientierte Rechtsformen und  
964 Eigentümerstrukturen nach dem Vorbild von Qualitätsmedien wie FAZ, taz oder Spiegel gefördert  
965 werden. Darüber hinaus stellt eine Förderung nicht-kommerzieller Bürgermedien wie lokaler  
966 Bürgerradios gerade in diesem Licht einen wichtigen Beitrag zur Medienvielfalt dar.

967 Wir wollen eine Stärkung öffentlich-rechtlicher Medien, die weder von der Werbewirtschaft noch  
968 von der Politik dominiert werden. Die Abberufung von ZDF-Chefredakteur Nikolaus Breder, allem  
969 Anschein nach unter parteipolitischem Vorzeichen, hat gezeigt, dass die Unabhängigkeit der  
970 öffentlich-rechtlichen Anstalten immer wieder in Gefahr steht. Hier gilt es der direkten  
971 Einflussnahme durch die Politik einen Riegel vorzuschieben. Genauso braucht es eine Eingrenzung  
972 der Werbezeiten und ein striktes Verbot von Schleichwerbung. Auch während Kinderprogrammen ist  
973 Werbung inakzeptabel. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten müssen Qualität des Programms in den  
974 Mittelpunkt rücken – und im Zweifelsfall auch vor die Quote setzen.

975 Entsprechend der Veränderung der Nutzergewohnheiten wollen wir die Öffentlich-Rechtlichen  
976 neben den beiden Säulen Hörfunk und Fernsehen insbesondere im Internet stärken. Gerade junge  
977 Nutzerinnen und Nutzer können damit erreicht werden. Sendungen sollten auf Dauer im Netz  
978 abrufbar sein – denn für deren Produktion haben Bürgerinnen und Bürger mit ihren Gebühren  
979 schließlich gezahlt. Da die Inhalte der öffentlich-rechtlichen Medien Bürgergut sind, sollte eine  
980 Umstellung der Inhalte auf Creative-Commons-Lizenzen nach dem Vorbild von NDR und SWR geprüft  
981 werden. Solche Lizenzierungsmodelle ermöglichen es den öffentlich-rechtlichen Anstalten, ihre  
982 Inhalte zu schützen und gleichzeitig Einbindung auf nicht-kommerziellen Webseiten oder Nutzung im  
983 Unterricht zu ermöglichen.

984 Das Internet bietet darüber hinaus große Chancen für Meinungsvielfalt und kritische Öffentlichkeit.  
985 Als Grundvoraussetzung müssen wir die sogenannte Netzneutralität sichern – also gewährleisten  
986 dass die Datenübertragung für alle gleich zugänglich ist und die Übertragungswege nicht den  
987 Giganten unter den Internetmedien bevorzugt zur Verfügung stehen, deren Dominanz selbst die  
988 Vielfalt im Netz bedrohlich infrage stellt. An Netzneutralität und Vielfalt im Internet entscheidet sich  
989 ganz elementar, wie demokratisch die Nutzung des Internets in der Zukunft wird sein können – und  
990 damit inwieweit das Internet die für die Demokratie so wichtige Medienvielfalt erweitern kann. Am  
991 Umgang der Politik mit dem Internet wird also auch deutlich, wie ernst wir es mit der Demokratie  
992 meinen.

993 Medienschaffende müssen gegenüber staatlichen Institutionen gestärkt werden. Quellenschutz ist  
994 für Pressefreiheit ein zentrales Gut. Auch steht Journalistinnen und Journalisten zu, dass sie auf  
995 Anfragen Antworten aus den politischen Institutionen erhalten, und die gilt nicht nur für einen  
996 handverlesenen Kreis, sondern als Grundsatz der Informationsfreiheit. Nur so können die Medien  
997 ihre Rolle als kritische Hüter der Demokratie gegenüber den staatlichen Gewalten wahrnehmen.

998 Auf der anderen Seite sollten alle Journalisten in ihrer Ausbildung entsprechende Kompetenzen  
999 erlernen. Ein Demokratieschwerpunkt und Schwerpunkte in investigativer Recherche sollten

1000 verpflichtet zum Grundhandwerkszeug in einer Journalistenausbildung gemacht werden. Auch  
1001 betrachten wir mit Sorge, dass bereits in der Ausbildung die Unterscheidung zwischen PR und  
1002 Journalismus durch hybride Studiengänge im Bereich „Medien“ immer stärker verwischt. Ziel sollte  
1003 jedoch eine strikte Trennung zwischen den Berufsfeldern und deshalb auch den Ausbildungen sein.  
1004 Aufklärung und interessengeleitete Kommunikation sind getrennte Metiers.

1005 Auch wollen wir die Medienkompetenz von jungen Menschen verstärkt fördern. Denn in einer  
1006 Medienlandschaft voller Informationsflut und Vielfalt, und zugleich einer nicht direkt sichtbaren  
1007 Eigentümerkonzentration, sowie einer zunehmenden Vermischung von PR und Journalismus ist  
1008 bewusster Umgang mit den Medien mehr denn je gefragt. Bürgerinnen und Bürger, die auch guten  
1009 Journalismus nachfragen, sind die beste Garantie dass es diesen auch gibt.

#### 1010 *Unabhängige Wissenschaft*

1011 Wir wollen dass Politik nicht von Experten gemacht wird, sondern dass Bürgerinnen und Bürger die  
1012 normativen Entscheidungen treffen, die alle zusammen etwas angehen. Das heißt natürlich nicht,  
1013 dass wir in der Moderne auf gute Expertise in den unterschiedlichsten Bereichen der Wissenschaft  
1014 verzichten könnten. Im Gegenteil: in der Wissensgesellschaft braucht es einen dynamischen  
1015 Forschungssektor, in dem begeisterte Forscherinnen und Forscher mit all ihrem Talent die Grenzen  
1016 der menschlichen Erkenntnisse erweitern. Für die Demokratie ist hier entscheidend, dass es auch von  
1017 der Privatwirtschaft unabhängige Wissenschaft auch und gerade an den Speerspitzen der Forschung  
1018 gibt. So haben wir bereits heute in manchen Bereichen wie beispielsweise Gentechnik oder der  
1019 pharmazeutischen Forschung kaum finanziell und personell unabhängige Forschung. An dieser Stelle  
1020 müssen wir uns entscheiden, ob wir die Stoßrichtung weiteren wissenschaftlichen Fortschritts allein  
1021 in die Hände privater Akteure legen wollen, oder ob wir demokratisch mitgestalten wollen, wie  
1022 Forschung ausgerichtet wird.

1023 Wir wollen weniger Drittmittelorientierung in der Wissenschaft, damit Forscher nicht darauf schielen  
1024 müssen, was für die Geldgeber interessant ist, sondern überlegen können, welche Forschung uns als  
1025 Gesellschaft weiter bringt. Insbesondere darf es keine private Lehrstuhlfinanzierung in  
1026 regulatorischen Fragen geben, also in Bereichen in denen zur Regulierung bestimmter  
1027 Wirtschaftssektoren geforscht wird. Ein Lehrstuhl zu Fragen der Versicherungsaufsicht darf nicht von  
1028 Interessengruppen aus diesem Bereich finanziert werden. Auch sollte es grundsätzlich keine  
1029 Mitwirkungsmöglichkeiten für externe Sponsoren auf Berufungskommissionen geben. Sonst geraten  
1030 Hochschulen zunehmend in eine Schieflage, in der finanzstarke Interessen die Besetzung von  
1031 Lehrstühlen mitbestimmen und am Ende nicht mehr mitbestimmen brauchen, weil Ihre Interessen  
1032 mit der Zeit in den Lehrstühlen der Universitäten bestens vertreten sind.

1033 Zu diskutieren wäre zudem eine Sonderabgabe des Finanzsektors von 1% der Bankenrettungsgelder  
1034 zur Finanzierung einer unabhängigen und pluralistischen Forschung in Wirtschafts- und  
1035 Finanzwissenschaft. Dies wäre auf längere Sicht ein wesentlicher Beitrag zur Verhinderung  
1036 zukünftiger Krisen – war doch eine einseitig ausgerichtete Wirtschaftswissenschaft an den  
1037 allermeisten deutschen Universitäten maßgeblich beteiligt an dem ideologischen Konsens, durch den  
1038 die gefährliche Deregulierung des Finanzsektors möglich wurde.

#### 1039 *Lobbyismus in der Schule unterbinden*

1040 Eine besonders perfide Art der Manipulation stellt Lobbyismus in der Schule dar. Schulen sind ein  
1041 Raum, in dem sich junge Heranwachsende geschützt zu kritischen und eigenständig denkenden  
1042 Bürgerinnen und Bürgern entwickeln können sollen. Trotzdem versuchen Unternehmen,  
1043 interessengeleitete Stiftungen und Initiativen immer wieder, auf subtile Weise Einfluss zu nehmen.  
1044 Wir sehen darin nicht nur einen unmoralischen Manipulationsversuch, sondern auch eine  
1045 demokratieschädliche Praxis, die unterbunden werden muss. Auch wollen wir ein völliges  
1046 Werbeverbot in Schulen durchsetzen. Schulen müssen solide finanziert sein, statt auf privates oder  
1047 geschäftliches Sponsoring und Werbung angewiesen zu sein. Wir können es uns demokratisch nicht

1048 leisten, Schulen so unterzufinanzieren, dass dieser Raum, in dem junge Bürgerinnen und Bürger  
1049 heranwachsen, ausverkauft wird.

### 1050 *Gegen eine Kriminalisierung und Diffamierung von Protest*

1051 Es ist ein typisches Muster in den Medien, befeuert von konservativen Politikern. Entweder  
1052 Protestierende werden gleich als Chaoten abgestempelt, oder als Querulanten die immer dagegen  
1053 seien, oder es wird unterschieden in gute und böse Demonstranten, die einen, die brav Fähnchen  
1054 schwenken, und die anderen, die Gesetze brechen und kriminell sind. Häufig wird extra dazugesagt,  
1055 dass eine Demonstration friedlich verlaufen ist, als wäre Gewalt der Normalzustand. Wird etwa bei  
1056 Fußballspielen extra dazugesagt, dass die Fans friedlich auf ihre Tribünen gelangt seien, obwohl es  
1057 immer wieder zu Gewalt im Umfeld von Fußballspielen kommt?

1058 So wie wir Gewalt als Form der politischen Auseinandersetzung strikt ablehnen, so lehnen wir ab,  
1059 wenn gewaltfreier Protest verunglimpft wird. Für uns ist Protest eine Möglichkeit neben anderen  
1060 Beteiligungsformen, wie sich Bürgerinnen und Bürger auch zwischen Wahlen einklinken können und  
1061 korrigierend in politische Entscheidungen eingreifen können. Vergessen wir nicht: die Macht in den  
1062 Institutionen ist den Akteuren dort nur geliehen – der Souverän ist das Volk.

1063 Doch natürlich ist es nicht demokratisch, wenn sich derjenige durchsetzt, der am lautesten schreit.  
1064 Protest kann durch seine Form gar nicht die Legitimität von demokratischen Verfahren innewohnen,  
1065 und diese Legitimität beansprucht er auch nicht. Protest ist gleichwohl darauf bedacht, ein Korrektiv  
1066 zu sein, Kurskorrekturen von der Politik zu erwirken. Letztlich entscheiden gewählte Vertreterinnen  
1067 und Vertreter. Aber der Druck, den Protest auf politische Entscheidungsträger und auch auf die  
1068 übrige Bevölkerung ausüben will, der sollte gerade von der Politik sehr ernst genommen werden,  
1069 statt die Beteiligten zu beschimpfen. Das Ernstnehmen ist das Entscheidende. Wenn Menschen aus  
1070 ihren privaten Schneckenhäuschen kommen, und mit ihrem Gesicht Farbe bekennen, ist es eine  
1071 Beleidigung ohnegleichen, diesen Menschen vorzuwerfen sie seien Chaoten, Querulanten oder  
1072 Wutbürger. Die Überwindung, an einer Demonstration teilzunehmen, ist für viele groß.

1073 Wer Protestierenden vorwirft, sie seien immer dagegen, verkennt außerdem, dass Protest zumeist  
1074 auch Alternativen vertritt, die nicht oder nicht ausreichend beachtet wurden. Und auch Nein-Sagen  
1075 ohne dass direkt eine gute Alternative bereitgehalten wird, kann wichtig sein. Dagegen-Sein ist ein  
1076 Wesensmerkmal der Demokratie – und eröffnet überhaupt erst das Denken in Alternativen.  
1077 Deswegen hat Protest historisch auch für gesellschaftlichen Fortschritt eine höchst wertvolle Rolle  
1078 gespielt.

1079 Eine besondere Form des Protests ist Ziviler Ungehorsam. Er ist per Definition gewaltfrei. Durch  
1080 angekündigte Gesetzesübertretungen ist er eine Form des Protests, bei der die Protestierenden  
1081 Bestrafung bewusst in Kauf nehmen. Auch in Demokratien diente ziviler Ungehorsam schon oft als  
1082 Fingerzeig für Verletzungen von Grundrechten oder Menschenwürde, wie bei der schwarzen  
1083 Bürgerrechtsbewegung, den Protesten gegen Atomenergie oder Märsche von Rechtsextremen.  
1084 Deshalb nehmen wir Zivilen Ungehorsam ernst und sehen ihn als Hilfe für den Rechtsstaat. Ziviler  
1085 Ungehorsam hat nicht und beansprucht auch nicht die Legitimität demokratischer Verfahren. Im  
1086 Gegenteil, er fordert demokratische Verfahren heraus. Statt Zivilen Ungehorsam zu beschimpfen,  
1087 sollten Gewählte in den Institutionen seine Aufforderung ernstnehmen und prüfen, ob die kritisierten  
1088 Entscheidungen wirklich demokratisch zustande gekommen sind, ob sie tatsächlich dem Gemeinwohl  
1089 dienen und den Grundrechten entsprechen. Eine Achtung der Bürgerinnen und Bürger, die bereit  
1090 sind, Gesetze zwecks politischen Protests zu überschreiten und auch die juristischen Folgen dafür in  
1091 Kauf zu nehmen, ist mehr als angebracht. Seine Grenzen findet die Legitimation des Zivile  
1092 Ungehorsams, wenn die Rechte anderer Menschen grundlegend verletzt werden.

### 1093 *Gewaltübergriffe durch die Polizei konsequent verhindern*

1094 Gewaltfreiheit ist Grundprinzip bündnisgrüner Politik. Daher lehnen wir Gewalt als Form der  
1095 politischen Auseinandersetzung strikt ab. In der Verhinderung von Gewalt kommt der Polizei eine

1096 besondere Rolle zu. Sie ist verpflichtet, mit dem ihr verliehenen Monopol zur Ausübung von  
1097 physischer Gewalt äußerst sorgsam umzugehen. Trotzdem kommt es immer wieder auch zu  
1098 Übergriffen durch Polizei. Gerade im Fall von Demonstrationen schadet dies der Demokratie – es  
1099 schreckt Bürgerinnen und Bürger vom Demonstrieren ab und zerstört das Vertrauen in den  
1100 Rechtsstaat und die Demokratie. Um Gewalt durch Polizeibeamte und -beamtinnen effektiv  
1101 verfolgen zu können, muss es endlich eine individuelle Kennzeichnung von Polizeibeamtinnen und  
1102 -beamten im Einsatz geben und eine von Polizei und Staatsanwaltschaft unabhängige Institution, die  
1103 Ermittlungen nach mutmaßlichen Polizeiübergriffen führt.

1104 Die Ausbildung der Polizei sollte stärker als bisher Demokratie vermitteln und Vorurteile abbauen.  
1105 Auch muss die innere Struktur der Polizei demokratisiert werden. Um ihre Arbeit gut machen zu  
1106 können, braucht die Polizei vor allem viel gut ausgebildetes Personal. Wasserwerfer, die wie Panzer  
1107 aussehen, Elektroschockwaffen, Pfefferspray und High-Tech-Überwachungstechnik bringen keine  
1108 Sicherheit, sondern machen Angst. Angst aber hindert die Menschen, ihre Rechte wahrzunehmen.  
1109 Wir wollen die Polizei abrüsten – weniger Waffen, weniger High-Tech und menschlichere Uniformen  
1110 – und Deeskalation zur verbindlichen Leitlinie für alle Einsätze machen.

#### 1111 *Direkte Klagerechte beim Bundesverfassungsgericht*

1112 Bislang können Bürgerinnen und Bürger beim Bundesverfassungsgericht nur eine  
1113 Verfassungsbeschwerde einreichen, wenn sie selbst betroffen sind. Wir wollen erreichen, dass auch  
1114 ohne eigene Betroffenheit die Möglichkeit der Verfassungsklage beim sogenannten Hüter der  
1115 Verfassung möglich ist. Das entspräche dem richtigen Geist von Grundrechten: ihre Einhaltung sollte  
1116 nicht nur bei eigener Betroffenheit interessieren, sondern auch wenn andere Menschen von  
1117 Grundrechtsverletzungen betroffen sind.

#### 1118 **Starke Abgeordnete**

1119 Die repräsentative Demokratie braucht starke Abgeordnete. Als gewählte Vertreterinnen und  
1120 Vertreter des Volkes sind sie diejenigen, die den demokratischen Entscheidungen in Parlamenten  
1121 ihre Legitimität verleihen. Nach unserem Gemeinwohlverständnis vertritt ein Parlamentarier oder  
1122 eine Parlamentarierin nicht einfach eine Partei, und auch nicht allein diejenigen, die sie gewählt  
1123 haben, sondern Kraft seiner oder ihrer Vernunft die gesamte Bevölkerung – auch wenn dies nicht  
1124 ausschließt, dass im Sinne aller bestimmte Gruppen besonders gestärkt werden müssen, so wie wir  
1125 dies etwa durch unseren Erweiterten Gerechtigkeitsbegriff wollen. Die Wählerinnen und Wähler  
1126 entscheiden dabei, sowohl wem, als auch welcher Partei sie diese Gemeinwohlorientierung am  
1127 besten zutrauen. Damit Abgeordnete in ihrem Amt frei und gemäß ihres eigenen Urteils entscheiden  
1128 können, hat das Grundgesetz sie mit dem freien Mandat ausgestattet. Wir wollen, dass dieses freie  
1129 Mandat von den Abgeordneten auch ausgeübt werden kann. Deshalb gilt es, die Fraktionsdisziplin in  
1130 eine gute Balance zwischen freiem Mandat und kollektiver Willensbildung durch Parteien und  
1131 Fraktionen zu bringen.

#### 1132 *Wahlrecht zur Stärkung einzelner Abgeordneter prüfen*

1133 Eine Änderung des Wahlrechts kann eine wirkungsvolle Möglichkeit sein, einzelne Abgeordnete zu  
1134 stärken. Wenn Wählerinnen und Wähler direkten Einfluss auf die Listenreihenfolge einer Partei  
1135 nehmen können, werden Abgeordnete unabhängiger von parteipolitischen Zwängen und sind  
1136 weniger darauf bedacht die Machtbasis in ihrer Partei zu erhalten, denn die Wählerinnen und Wähler  
1137 zu überzeugen. Andererseits ist eine gewisse Bindung an die Partei wichtig, damit von der Parteibasis  
1138 getroffene Beschlüsse auch in die politische Arbeit von Abgeordneten hineinwirken können. Es gilt  
1139 daher Vor- und Nachteile einer Änderung des Wahlrechts abzuwägen.

#### 1140 *Zwei Maßgaben: Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit*

1141 Abgeordnete müssen unabhängig und glaubwürdig sein. Unabhängigkeit wird gestärkt, wenn  
1142 Abgeordnete auch gut für ihre Arbeit bezahlt werden und sich ausreichend Expertise leisten können,  
1143 durch die sie überhaupt erst von Lobbyisten unabhängig werden können. Glaubwürdigkeit hingegen  
1144 verlangt, dass mit ungerechten Privilegien beispielsweise bei der Altersversorgung keine doppelten

1145 Standards angelegt werden. Die Bezahlung und Privilegien sollten von einem unabhängigen Gremium  
1146 entschieden werden. Das entspricht demselben Prinzip nach dem wir meinen, dass Unternehmen  
1147 und Verbände nicht Gesetze schreiben sollten, die ihre eigenen Interessen berühren. Außerdem  
1148 setzen wir uns für ein striktes Verbot von Spenden an Abgeordnete ein.

#### 1149 *Entweder oder: Regierung oder Parlament*

1150 Schließlich wollen wir das Prinzip der Gewaltenteilung ernstnehmen und uns für eine strikte  
1151 Trennung von Parlament und Regierung einsetzen. Es ist höchst fragwürdig wenn Minister und  
1152 Staatssekretäre ihr Abgeordnetenmandat behalten. Ihre Abgeordnetentätigkeit können sie in ihrer  
1153 neuen Rolle eindeutig nicht zufriedenstellend ausüben. Auch sollte die Notwendigkeit der  
1154 parlamentarischen Staatssekretäre überprüft werden.

#### 1155 **Starke Parlamente**

1156 Das Parlament ist kein Ausschuss der Regierung, sondern erste Gewalt im Staate. Bürgerinnen und  
1157 Bürger können auf Bundes- und Landesebene nur die Parlamentarier direkt wählen und zur  
1158 Verantwortung ziehen. Doch die Wählerinnen und Wähler merken, dass diese häufig gar nicht die  
1159 zentralen Entscheidungsträger sind. Manchmal wird gar gespottet, die Verwaltung „halte sich ein  
1160 Parlament“. Gerade in den Jahren der Finanzkrise seit 2008 wurde immer häufiger die akute  
1161 Krisenintervention nur nachträglich von den Parlamenten abgesegnet, während vorher keine  
1162 Diskussion über die möglichen milliardenstarken Eingriffe des Staates möglich war.

1163 Wenn wir die Demokratie lebendig halten wollen, müssen wir daher nicht nur direkt-demokratische  
1164 Elemente stärken, sondern auch die Parlamente wieder zu den zentralen Orten der politischen  
1165 Auseinandersetzung machen und gegenüber der heute übermächtigen Exekutive stärken. Dabei wird  
1166 es in der vom Grundgesetz vorgegebenen Form der Kanzlerdemokratie immer eine Anbindung der  
1167 Parlamentsmehrheit an die Regierung geben. Die Frage ist jedoch, ob das Parlament so gestärkt  
1168 werden kann, dass es wieder eigenständiger handeln und die Regierung nicht nur stützen, sondern  
1169 auch kontrollieren kann.

#### 1170 *Legislative soll Gesetze auch schreiben können*

1171 Der Bundestag und auch die Landtage brauchen neben der rechtlichen auch die tatsächliche  
1172 Fähigkeit, Gesetze zu schreiben – ganz wie es der Bezeichnung des Parlaments als  
1173 „Legislative“ entspricht. Das haben allerdings in der Realität nur die Ministerien in Bund oder  
1174 Ländern. Notwendig wäre daher, den für die konkrete Gesetzgebungsarbeit zuständigen  
1175 Parlamentsausschüssen zusätzliches Personal zu geben und es dafür in den Ministerien zu  
1176 reduzieren. Hier können die USA als Vorbild dienen: Dort hat das Parlament über viertausend  
1177 fraktionsunabhängige wissenschaftliche Mitarbeiter, denen Abgeordnete dann den Auftrag geben  
1178 können, einen Gesetzentwurf zu prüfen oder eigene Eckpunkte als Gesetzentwurf zu formulieren.

#### 1179 *Budget Office zur Stärkung des Parlaments im Haushaltsverfahren*

1180 Besonders wichtig ist die Stärkung des Parlaments im Haushaltsverfahren. Im Unterschied zum US-  
1181 Kongress ist der Bundestag, ebenso wenig wie die Landtage, bisher nicht wirklich dafür ausgestattet,  
1182 die tatsächliche Budgetkontrolle vorzunehmen. In den USA gibt es ein „Budget Office“ des  
1183 Kongresses. Dadurch kann der Kongress selbst, mit eigenen Zahlen, kontrollieren, ob die  
1184 Haushaltsansätze stimmen. In Deutschland muss der Parlamentarier das Ministerium fragen, mit  
1185 welchen Zahlen er dieses Ministerium kontrollieren darf. Das Budget Office ist fraktionsunabhängig  
1186 und kann damit politisch gefärbte Aufkommensschätzungen bei Steuergesetzen, die wir immer  
1187 wieder erleben, verhindern.

#### 1188 *Bundestag bei internationaler Rechtsetzung stärken*

1189 Das Parlament muss sich vorab mit internationalen Verhandlungen beschäftigen, die die Regierung in  
1190 seinem Auftrag vornimmt. Der dänische Europaausschuss mit seinen umfangreichen Konsultations-  
1191 und Informationsrechten könnte dafür als Vorbild dienen. Die Regierung muss dem Ausschuss  
1192 systematisch und in verständlicher Form Bericht erstatten über europäische Prozesse, an denen die

1193 Regierung für das Parlament teilnimmt. Darüber hinaus sollte das Parlament nicht erst im Nachhinein  
1194 Verhandlungsergebnisse ratifizieren, sondern im Vorhinein klare Mandate erteilen können.

1195 Besonders stark findet die Aushöhlung des Parlaments dadurch statt, dass immer mehr  
1196 Rechtssetzung von den Parlamenten hin zu nachgelagerten Behörden und zu internationalen oder  
1197 europäischen Gremien verlagert wird. Die von den Bürgerinnen und Bürgern gewählten  
1198 Parlamentarier übernehmen damit die Verantwortung für eine Rechtsetzung, die sie eigentlich noch  
1199 nicht mal mehr nachvollziehen können. Niemand kontrolliert vor Inkrafttreten, ob die Verordnungen  
1200 dem Geist des Gesetzes entsprechen, auf dessen Grundlage sie erlassen werden.

1201 Immer wieder klagen dann Unternehmen, Steuerberater und Steuerpflichtige bei steuerrechtlichen  
1202 Verordnungen oder Finanzdienstleister bei finanzaufsichtlichen Verordnungen zu Recht, dass diese  
1203 Verordnung dem Willen des Gesetzgebers widersprechen. Erst im Nachhinein besteht die  
1204 Möglichkeit gerichtlicher Kontrolle. Der Bundestag ist zu einer tatsächlichen Kontrolle des  
1205 Regierungshandelns an dieser Stelle nicht in der Lage. In Frankreich wird zumindest für jedes Gesetz  
1206 ein Berichterstatter festgelegt, der die Aufgabe hat, die Übereinstimmung der Verordnungen mit  
1207 dem Gesetz nachzuvollziehen. Das sollte man auch in Deutschland machen. Dafür ist eine  
1208 personellen Verstärkung der Parlamentarier dringend erforderlich, denn bei komplexen  
1209 Steuererlassen ist es mit dem Stab eines Abgeordnetenbüros kaum möglich, auch nur die  
1210 Verordnungen zur Kenntnis zu nehmen.

#### 1211 *Gesetzesfolgen abschätzen um Ziele zu erreichen*

1212 Häufig werden viele hehre Ziele formuliert, ohne dass sie dann aber bei der konkreten Gesetzgebung  
1213 die nötige Bedeutung erlangen. Daher wollen wir erreichen, dass die sogenannte  
1214 Gesetzesfolgenabschätzung konsequenter auf vereinbarte Ziele hin durchgeführt wird,  
1215 beispielsweise auf die Indikatoren, die im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie festgelegt wurden.  
1216 Der Normenkontrollrat und andere Institutionen, die genau solche Folgenabschätzungen vornehmen,  
1217 sollten beim Parlament angesiedelt werden.

#### 1218 *Regierung und Behörden wirkungsvoll kontrollieren*

1219 Die Kontrolle des Regierungshandelns muss wirkungsvoller werden. Das ist gerade dort schwierig, wo  
1220 das Handeln der Regierung aus der eigentlichen Ministerialbürokratie ausgelagert stattfindet. Im  
1221 Vergleich zu anderen Parlamenten ist in diesen Fällen der Deutsche Bundestag zu passiv. Schließlich  
1222 könnte er über Anhörungen oder im Rahmen von Ernennungsverfahren eine wesentlich stärkere  
1223 Rolle spielen.

1224 Bei der Bundesbank ist die Unabhängigkeit festgelegt worden, weil die Geldpolitik aus dem  
1225 kurzfristigen Denken der Tagespolitik herausgenommen werden sollte. Das heißt aber nicht, dass  
1226 nicht beim Ernennungsverfahren der Bundestag eine aktive Rolle spielen sollte. Auch sollte durch  
1227 regelmäßige Anhörungen im Parlament wie bei der Europäischen Zentralbank (EZB) und der  
1228 amerikanischen Zentralbank Fed von den Parlamentariern eine Rechenschaft gegenüber der  
1229 Öffentlichkeit eingefordert werden können.

1230 In anderen Bereichen sollte die parlamentarische Kontrolle noch klarer gestärkt werden,  
1231 beispielsweise im Bereich der Bankenaufsicht. Ähnliches gilt für die Finanzdienstleistungsaufsicht  
1232 BaFin und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW): Dort sitzen zwar Parlamentarier im  
1233 Verwaltungsrat. Da sie aber über ihre Tätigkeit dort nicht berichten dürfen, können insbesondere  
1234 Oppositionspolitiker keine wirkliche öffentliche Kontrolle ausüben. Auch hier wäre eine Stärkung des  
1235 Parlaments bei der Berufung von Präsident oder Vorstand und eine laufende Kontrolle über  
1236 öffentliche Anhörungen sinnvoll. Schwerwiegende Kontrolllücken sind auch beim Finanzmarktfonds  
1237 SoFFin deutlich geworden: 480 Mrd. Euro an Steuergeldern kann der Fonds abrufen – und wird doch  
1238 nur von einigen wenigen Parlamentariern in einem geheim tagenden Gremium beaufsichtigt.  
1239 Fundierte Kontrolle oder die Schaffung von Öffentlichkeit sind so nicht möglich.

1240 Die Kontrolle der von der Regierung entsandten Vertreter in Aufsichtsräten findet praktisch gar nicht  
1241 statt. Der Bund hat beispielsweise unabhängige Experten in den Aufsichtsrat der Commerzbank  
1242 entsandt. Diese unterliegen keinerlei Weisungsrecht durch das Bundesfinanzministerium, aber auch  
1243 keiner öffentlichen Rechenschaftspflicht für ihr Tun. Immer dort, wo solche Personen berufen  
1244 werden, sollte es eine Anhörung im zuständigen Bundestagsausschuss geben und eine Bestätigung  
1245 durch den Ausschuss. Auch sollte die Zahl der externen Funktionen von Ministern begrenzt werden.

#### 1246 *Recht auf Parlamentarische Anfragen auch durchsetzen*

1247 Die Regierung verletzt bei der mangelnden Beantwortung parlamentarischer Anfragen regelmäßig  
1248 die verfassungsmäßig garantierten Rechte der Abgeordneten und damit auch ihrer Wählerinnen und  
1249 Wähler. Es bedarf einer Möglichkeit, mit der sich Abgeordnete auch gegen diese Verhaltensweise  
1250 wehren können, ohne direkt eine Verfassungsklage einreichen zu müssen. Ein parlamentarisches  
1251 Justitiariat, das alle Abgeordneten bei der Durchsetzung ihrer Rechte unterstützt, könnte Abhilfe  
1252 schaffen oder eine aktivere Rolle des Parlamentspräsidenten in der Durchsetzung parlamentarischer  
1253 Rechte. Es ist wenig überzeugend, wenn Bundestagspräsidenten abstrakt über die Stärkung des  
1254 Parlaments reden, aber in der Praxis die vorhandenen Rechte nicht schützen.

#### 1255 *Untersuchungsausschuss sinnvoll nutzen*

1256 Das Instrument des Untersuchungsausschusses sollte wieder stärker für die eigenständige  
1257 Überprüfung von Fehlentwicklungen genutzt werden, die möglicherweise im Interesse der  
1258 Bevölkerung wichtig wäre. Zu häufig werden Untersuchungsausschüsse als parteipolitisches  
1259 Kampfinstrument verstanden und mit hohen Erwartungen wie einen Ministerrücktritt überfrachtet.  
1260 Damit bringt sich das Parlament selbst um ein wirkungsvolles Mittel zur Kontrolle der Regierung.  
1261 Auch gibt es Korrekturbedarf bei der Arbeitsweise von Untersuchungsausschüssen. Beispielsweise  
1262 kann der Vorsitzende die Untersuchung sehr stark blockieren. Das wird er immer nutzen, um seine  
1263 Parteifreunde in der Regierung zu schützen.

#### 1264 *Starkes Parlament braucht Ressourcen*

1265 Die Stärke des Parlaments basiert maßgeblich auf Ressourcen. Dem Bundestag fehlt es da an vielen  
1266 Mitteln, die er sich selbst jedoch geben könnte. Beispielsweise besorgt sich der Bundestag praktisch  
1267 nie selbst unabhängige Expertise in Form von Gutachten. Gutachten werden in der Regel durch die  
1268 Ministerien vergeben. Die Ergebnisse bekommen die Abgeordneten nur, wenn das Ministerium die  
1269 Gutachten frei gibt. Dabei könnte man durch unabhängige Expertisen an entscheidenden Stellen die  
1270 Tätigkeit der Regierung wesentlich besser kontrollieren. Gutachten sollten immer zügig veröffentlicht  
1271 werden, um eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit zu den Themen zu ermöglichen.

1272 Wir meinen, dass Demokratie die Demokratie nicht unter Finanzierungsvorbehalt stehen darf. Aus  
1273 unserer Sicht braucht es in einer modernen Industriegesellschaft ein starkes und unabhängiges  
1274 Parlament mit der Fähigkeit die Regierung zu kontrollieren und gute Gesetze mit auf den Weg zu  
1275 bringen. An dieser entscheidenden Stelle wird es sich für die Gemeinschaft vielfach auszahlen,  
1276 notwendige Ressourcen für ein gutes Funktionieren demokratischer Prozesse bereitzustellen.

#### 1277 *Parlament gegenüber Lobbyisten stärken*

1278 Eine Stärkung der Parlamente braucht es gerade im Verhältnis zu Interessengruppen. Die  
1279 mangelnden Ressourcen der Abgeordneten schwächen sie auch im Verhältnis zu den Lobbyisten.  
1280 Beispielsweise wären die Parlamentarier ohne die Hilfe von Lobbyisten der Banken und  
1281 Versicherungen nicht in der Lage wirklich zu verstehen, welche Auswirkungen die Gesetzentwürfe in  
1282 der Praxis haben. Der starke Lobby-Einfluss hat deshalb auch etwas mit der schlechten Ausstattung  
1283 von Abgeordneten, Fraktionen und Ausschüssen zu tun. Dabei geht es nicht um zusätzliche  
1284 persönliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die immer auch für parteipolitische Zwecke eingesetzt  
1285 werden können, sondern um die Stäbe der Ausschüsse, die dann aber auch parteiübergreifend für  
1286 alle Abgeordneten zur Verfügung stehen sollten. Im US-amerikanischen System sind solche  
1287 unparteiischen Mitarbeiter der Ausschüsse eine wichtige Ressource für die fachpolitische Arbeit.

1288 Erste Entwürfe von Gesetzen gehen bislang an die Verbände zur Vorbereitung der Anhörungen im  
1289 Ministerium. Die Abgeordneten erhalten zu diesem Zeitpunkt, in dem die entscheidenden  
1290 Weichenstellungen getroffen werden, den Entwurf noch nicht – es sei denn, freundlich gesinnte  
1291 Verbandsvertreter reichen sie weiter. In der entscheidenden Phase weiß der Lobbyist also mehr als  
1292 der Abgeordnete und ist damit in einer stärkeren Position. Gesetzentwürfe, die den Verbänden  
1293 verschickt werden, sollten daher immer auch den zuständigen Berichterstattern im Parlament zur  
1294 Kenntnis geschickt werden.

#### 1295 *Für eine andere Parlamentskultur*

1296 Zusätzlich ist neben den genannten Vorschlägen auch eine andere Parlamentskultur nötig, in der die  
1297 effektive Kontrolle der Regierung und die tatsächliche Übernahme der eigentlich parlamentarischen  
1298 Aufgaben zum Selbstverständnis aller Parlamentarier gehört. Das bedeutet zum einen, dass nicht nur  
1299 die Parlamentarier der Opposition eine kritische Distanz zur Regierung einnehmen. Die Regierung  
1300 muss entsprechend akzeptieren können, dass Regierungsvorschläge im Parlament nicht automatisch  
1301 eine Mehrheit finden, sondern das Parlament eigenständig agiert. Auch die Öffentlichkeit sollte  
1302 solche Misserfolge dann nicht als Scheitern einer Regierung sondern als gute Parlamentarische Kultur  
1303 bewerten.

#### 1304 **Partizipatives Regieren und Verwalten**

1305 Die Zeiten der „Zuschauerdemokratie“, in der milliardenschwere Großprojekte in Staatskanzleien, bei  
1306 Kamin und in Hinterzimmerrunden beschlossen, geplant, und schließlich ungestört realisiert werden  
1307 konnten und in der beispielsweise exorbitante Kostensteigerungen einfach in Kauf genommen  
1308 werden konnten, sind vorbei. Angesichts der jüngsten Bürgerproteste ist Bürgerbeteiligung und  
1309 Transparenz in aller Munde. Dabei darf es aber nicht um bloße Rhetorik gehen, oder gut dosierte und  
1310 vor allem gut inszenierte Beteiligungshäppchen und Transparenzinseln.

1311 Für uns Grüne geht es um eine konsequente Umsetzung des Prinzips partizipativen und  
1312 transparenten Regierens und Verwaltens. Dazu sind institutionelle Reformen, aber auch eine andere  
1313 Regierungskultur notwendig. Gerade in Behörden und Verwaltungen wollen wir einen gläsernen  
1314 Staat, bei gleichzeitigem Persönlichkeitsschutz von Privatpersonen. Die Bürgerinnen und Bürger  
1315 haben einen Anspruch zu erfahren, was in den öffentlichen Institutionen vonstattengeht, und ihnen  
1316 ist eine Regierungskultur würdig, die auf Teilhabe und nicht Ausschluss bedacht ist. Offene  
1317 Informationen, Moderation und Mediation werden zur Grundvoraussetzungen politischer  
1318 Projektrealisierung.

#### 1319 *Bringschuld der Regierung*

1320 Offenheit und Transparenz der Regierung darf nicht erst auf Parlamentsanfrage zustande kommen –  
1321 auch wenn diese Kontrollfunktion des Parlamentes natürlich für Demokratie unabdingbar ist.  
1322 Regierungen sollten von sich aus fortlaufend über wichtige Prozesse informieren und etwa  
1323 Transparenz schaffen, wer an welchen Gesetzesentwürfen mitgewirkt hat. Es kann nicht sein, dass  
1324 kritische Medien, Opposition oder die Zivilgesellschaft der Regierung aus der Nase ziehen müssen,  
1325 dass sie in Nacht und Nebel mit wenigen Konzernvertretern ein Gesetz ausgekungelt hat.

#### 1326 *Informationsfreiheit 2.0*

1327 Neben den zahlreichen Vorschlägen zur Eingrenzung von Lobbyismus (*siehe: 2.1 Politische*  
1328 *Gerechtigkeit – Gleiche Zugänge*) braucht es eine stetige Verbesserung der Zugänge zu Informationen  
1329 über Regierungshandeln. Der freie und ungehinderte Zugang zu Informationen und Daten staatlicher  
1330 Institutionen ist nicht nur förderlich für Innovation in Wissenschaft und Wirtschaft, sondern vor allem  
1331 die Grundvoraussetzung für aktive Teilhabe mündiger Bürgerinnen und Bürger an gesellschaftlichen  
1332 Willensbildungsprozessen in einer lebendigen Demokratie und damit die Grundlage für qualifizierte  
1333 Entscheidungen und deren Akzeptanz. Gerade bei grundlegenden Informationen ist es wichtig, dass  
1334 diese für alle Menschen einfach zugänglich und verständlich sind, damit hier nicht bestimmte  
1335 Gruppen von neuen Informationsmöglichkeiten ausgeschlossen werden.

1336 Schon heute gewährt das von den Grünen initiierte Informationsfreiheitsgesetz jeder Person einen  
1337 voraussetzungslosen Rechtsanspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen von Bundesbehörden.  
1338 Eine Begründung des Interesses – ob nun rechtlicher, wirtschaftlicher oder sonstiger Art – ist  
1339 ausdrücklich nicht erforderlich. Die Bundesregierung hat sich auch auf internationaler Ebene  
1340 wiederholt dafür ausgesprochen, öffentliche Daten zur Nutzung durch Dritte bereitzustellen. Vielfach  
1341 sind Daten schon heute zugänglich und bei den Behörden abrufbar – allerdings bislang mit teilweise  
1342 erheblichem Aufwand und eben nicht einfach, maschinenlesbar, online und an einem Ort.

1343 Zugang zu Informationen („Open Data“) muss daher zukünftig auf einer Umkehrung bestehender  
1344 Grundannahmen basieren: Die Norm muss die kostenfreie Veröffentlichung von Daten in mehreren  
1345 elektronischen, freien Formaten sein. Auch hier waren wir Grünen mit den bereits existierenden  
1346 Regelungen im Umweltinformationsgesetz Vorreiter. Grundsätzlich sollten Daten unter freien  
1347 Lizenzen, zeitnah und kostenfrei, selbstverständlich unter Wahrung des Datenschutzes von  
1348 Privatpersonen, allen zur Verfügung gestellt werden. Wir wollen die sogenannten  
1349 Ratsinformationssysteme, also die Internet-gestützten Systeme über die auch Bürgerinnen und  
1350 Bürger in den Gemeinden Zugang zu Informationen erhalten, im Sinne von mehr Transparenz und  
1351 auch Nutzerfreundlichkeit ausbauen.

1352 Insbesondere wollen wir endlich eine konsequente Veröffentlichung von Public-Private-Partnership  
1353 (PPP) –Verträgen erwirken. Es kann nicht sein, dass Bürgerinnen und Bürger bei Fragen die die  
1354 öffentliche Daseinsvorsorge betreffen im Dunkeln tappen müssen.

#### 1355 *Beteiligung und Transparenz bei Planungsverfahren*

1356 Wie in einem Brennglas verdichtet sich die Frage nach Demokratie und Bürgerbeteiligung in Zeiten  
1357 der Krise bei den aktuellen Konflikten um große Infrastrukturvorhaben. Wir wissen, dass es allein  
1358 wegen des Klimawandels und zunehmender Ressourcenknappheit den Umbau von Infrastrukturen  
1359 dringend braucht – seien es neue Energienetze, neue Mobilitätsstrukturen oder der Anschluss aller  
1360 Regionen ans Internet. Gerade angesichts neuer Möglichkeiten, die uns das Internet in Sachen  
1361 Information, Transparenz und Partizipation bietet, leuchtet vielen Bürgerinnen und Bürgern heute  
1362 erst recht nicht mehr ein, warum sich ihre Beteiligung an politischen Entscheidungen auf den bloßen  
1363 Wahlakt beschränken soll. Sie haben ein starkes und berechtigtes Interesse daran, sich unabhängig  
1364 von Wahlen an politischen Entscheidungen zu beteiligen.

1365 Große Planungsprojekte ohne angemessene Beteiligung und Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger  
1366 stellen sich oftmals am Ende des Planungsprozesses als weder wirtschaftlich noch umwelt-, verkehrs-  
1367 oder stadtentwicklungspolitisch sinnvoll heraus - zu einem Zeitpunkt also, wo es bereits zu spät ist,  
1368 noch etwas zu verändern. Die Ergebnisse einer solchen verfehlten Politik stehen dann als Bauruinen  
1369 in der Landschaft herum oder liegen dem Steuerzahler ohne Nutzen auf der Tasche. Man denke nur  
1370 an die zahlreichen überproportionierten Regionalflugplätze in Ost und West.

1371 Es gibt gute Beispiele dafür, dass es auch anders geht und dass Großprojekte auch auf die Akzeptanz  
1372 der Bevölkerung stoßen können: die Neue Eisenbahn-Alpentransversale NEAT in der Schweiz mit  
1373 dem Bau des Lötschberg- und des Gotthardbasistunnels, die ohne den Einsatz der Bürgerinnen und  
1374 Bürger so nicht entstanden wären.

1375 Das Argument, mehr Mitsprache von Bürgerinnen und Bürgern oder Umweltverbänden führe zu  
1376 vermehrten gerichtlichen Klagen und damit zu Verzögerung, überzeugt nicht. Bürgerproteste und  
1377 Klagen folgen in aller Regel aus der Tatsache, dass Bedarfsentscheidungen ohne hinreichende  
1378 Bürgerbeteiligung getroffen wurden oder Probleme und Konflikte in der Planung nicht ausreichend  
1379 berücksichtigt wurden. Klagemöglichkeiten sind ohnehin nur gegeben, wenn gravierende  
1380 Verfahrensfehler vorliegen. Eine stärkere, bessere und frühere Beteiligung der Bürgerinnen und  
1381 Bürger und Verbände ist daher kein Bremsklotz, sondern kann zu einem Instrument zur  
1382 Beschleunigung und Sicherung und sogar zur Verbesserung der Planungsqualität werden.

1383 Wir wollen, dass grundsätzlich zu einem frühen Zeitpunkt immer auch die Nullvariante, also das  
1384 Projekt nicht durchzuführen, genauso wie Alternativen ernsthaft geprüft werden, sowohl was den  
1385 Ort oder Verlauf eines Projektes betrifft, als auch hinsichtlich alternativer Lösungsansätze. Behörden  
1386 sollten immer öffentlich informieren müssen, wenn Unterlagen zu einem Planungsverfahren als  
1387 vollständig erachtet werden, mit einer dann ausgegebenen Frist, bis zu der Ergänzungen eingereicht  
1388 werden können. Der sogenannte „Grundsatz der materiellen Präklusion“ sollte überprüft werden: es  
1389 darf nicht sein, dass rechtswidrige Entscheidungen nur zurückgenommen werden können, wenn  
1390 Betroffene ihre Einwände in richtiger Form geäußert haben.

1391 Damit Planungen auch tatsächlich im Interesse aller ablaufen können sollten immer Ombudsleute für  
1392 Anhörungsverfahren eingesetzt werden können, die unabhängig und mit professioneller Kompetenz  
1393 für faire Verfahren sorgen. Entscheidend ist, dass Beteiligung nicht erst ermöglicht wird, wenn  
1394 bereits Fakten geschaffen sind. Demokratische Prozesse laufen auf verbindliche Entscheidungen und  
1395 Schlüsselpunkte hinaus – aber sie müssen gerade ganz zu Anfang offen beginnen: offen für alle  
1396 Bürgerinnen und Bürger, und offen im Ergebnis.

#### 1397 *Offene Konsultationsverfahren bei allen Gesetzgebungsverfahren*

1398 Wir wollen für alle Gesetzgebungsverfahren standardmäßig offene Konsultationsverfahren, über die  
1399 Bürgerinnen und Bürger frühzeitig mindestens per Internet beteiligt werden können. Auch auf  
1400 Regierungsseite können Bürgeranhörungen per Los eine gute zusätzliche Möglichkeit sein, um  
1401 Gesetzesvorhaben stärker an die Bevölkerung rückzukoppeln. Entscheidend ist, dass Verfahren so  
1402 organisiert sind, dass vorgebrachte Argumente auch einfließen können und nicht eine  
1403 Pseudobeteiligung zur Legitimitätsbeschaffung organisiert wird. Zentrale Bedingung ist auch, dass  
1404 Bürgerinnen und Bürger auch hier nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden sondern die  
1405 Verfahren wirklich noch offen sind.

#### 1406 *Zusammenarbeit zwischen Behörden und Bürgerschaft stärken*

1407 Verwaltung und das Erfüllen öffentlicher Aufgaben liegt in der klaren Verantwortung des Staates.  
1408 Bürgerinnen und Bürger können allerdings mithilfe neuer standardisierter Meldeverfahren fernab  
1409 des klassischen Bürgertelefons durch die Weitergabe von Informationen dazu beitragen, dass  
1410 Behörden diese Rolle besser erfüllen. In Modellen wie „Maerker Brandenburg“ können sie mit Hilfe  
1411 des Internets Hinweise über Missstände beispielsweise im Straßenbau mit geringem Zeitaufwand  
1412 melden und später auch nachverfolgen, ob Abhilfe geschaffen wurde. Auch zwischen verschiedenen  
1413 Behörden kann mit solchen Modellen Informationsfluss und Transparenz verbessert werden.

#### 1414 *Begrenzung der Amtszeit von Regierungsposten*

1415 Um zu verhindern, dass sich Machtstrukturen verfestigen, wollen wir auch die Begrenzung der  
1416 Amtszeit von Regierungsposten inklusive der des Bundeskanzlers oder der Bundeskanzlerin. In vielen  
1417 Staaten ist es Standard, dass ein Regierungschef maximal zwei Legislaturperioden im Amt sein darf.  
1418 Dieses Modell wäre auch in Deutschland ein sinnvoller Schritt zur Entpersonalisierung und gegen  
1419 Verkrustung von eingefahrenen Machtstrukturen in der Politik. Auch die Begrenzung der Amtszeit für  
1420 Bürgermeister sollte in diesem Zusammenhang geprüft werden.

#### 1421 *Starke und unabhängige Justiz*

1422 Zu einer starken Demokratie gehört auch eine von der Politik und von mächtigen  
1423 Wirtschaftsinteressen unabhängige Justiz. Das ist allein deshalb gerade für die Demokratie wichtig,  
1424 weil eine Justiz, die nicht alle Kriminalität gleich behandelt, die Legitimität von demokratischen  
1425 Gesetzen unterhöhlt.

1426 Demokratie ist bereits in einer – auch in diesem Papier kritisierten – Schiefelage, weil bei der  
1427 Entstehung von Gesetzen bestimmte Lobbyinteressen einen besseren Zugang hatten als die  
1428 Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger. Wenn dann die Gesetze auch noch ungleich durchgesetzt  
1429 werden, weil die Justiz etwa Wirtschaftskriminalität und organisiertes Verbrechen nicht im selben  
1430 Maße verfolgt wie Kleinkriminalität – dann brauchen wir uns nicht wundern, wenn sich Menschen

1431 gerade aus sozial benachteiligten Schichten frustriert von der Demokratie abwenden. Und auch für  
1432 Verdienere hoher Einkommen erscheint es wie Hohn wenn ihre Steuerzahlungen fast eher einer  
1433 freiwilligen Leistung denn einer Bürgerpflicht gleichen, weil Steuerflucht nicht ausreichend geahndet  
1434 wird. Eine starke und unabhängige Justiz ist somit eine wichtige Hintertüre zur Stärkung der  
1435 Demokratie, insbesondere für eine größere Wertschätzung von Gesetzen und damit demokratischer  
1436 Verfahren der Gesetzgebung.

1437 Wir wollen Staatsanwaltschaften unabhängig machen von politischem Einfluss, und wir wollen deren  
1438 Fähigkeiten bei der Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität und organisiertem Verbrechen stärken.  
1439 Auch politischer Einfluss auf die Laufbahnen von Richtern muss strikt unterbunden werden. Der  
1440 Grundsatz der Gewaltenteilung muss auch zwischen Regierung und Gerichten konsequent  
1441 durchgesetzt werden. Mit dem sogenannten „Hamburger Modell“ wurden wichtige Schritte in diese  
1442 Richtung versucht. Wir wollen die Erfahrungen aus Hamburg auswerten und eine Umsetzung in  
1443 anderen Bundesländern und auf anderen Ebenen der Justiz prüfen.

## 1444 **Demokratische Parteien**

1445 Der Vertrauensverlust der politischen Parteien ist dramatisch. Dabei sollten Parteien in der  
1446 Demokratie eine elementare Rolle spielen. Sie bringen politische Zielvorstellungen unter einem  
1447 gemeinsamen Wertehorizont zusammen und ermöglichen, dass politische Programme auch  
1448 themenübergreifend abgestimmt und gebündelt werden. Dies ist gerade auch hinsichtlich der  
1449 Finanzierung von Reformen eine entscheidende Bedingung für die praktische Umsetzung von Politik.  
1450 Parteien sind darüber hinaus ein wichtiger Raum, in dem politisch vorausgedacht werden kann und  
1451 Fragen auch ausführlicher diskutiert werden können als in Institutionen, die häufig unter akutem  
1452 Entscheidungsdruck stehen. Und in Parteien kommen an Politik interessierte Bürgerinnen und Bürger  
1453 zusammen, um sich einzubringen. Um die Demokratie zu stärken, müssen Parteien geöffnet und  
1454 stärker demokratisiert werden. Auch muss in der Parteienfinanzierung die Unabhängigkeit von  
1455 finanzstarken Interessen abgesichert werden. Nur so kann auch verlorenes Vertrauen  
1456 zurückgewonnen werden. Hier wollen wir Grünen als Partei mit einer besonderen demokratischen  
1457 Tradition auch zukunftsweisend voranschreiten.

## 1458 **Parteienfinanzierung**

1459 Ein entscheidender Schritt hin zu mehr Glaubwürdigkeit ist eine Parteienfinanzierung die  
1460 Unabhängigkeit garantiert. Deshalb wollen wir mehr Transparenz über Parteifinzen im  
1461 Parteiengesetz durchsetzen. Wir wollen eine Absenkung der Veröffentlichungspflicht für Spenden  
1462 von derzeit 10.000 Euro auf 5.000 Euro. Die Veröffentlichung sollte außerdem unmittelbar nach  
1463 Eingang der Spende erfolgen. Auch wollen wir, dass schon Spenden ab 2.000 Euro im detaillierten  
1464 Rechenschaftsbericht aufgelistet werden. Die Spenden sollten nach Gliederungsebenen der Parteien  
1465 aufgeschlüsselt werden. Sponsoringeinnahmen sollten mit Spenden gleichgesetzt werden.  
1466 Wahlkampffinanzierungsgrenzen wie in Frankreich halten wir für eine sinnvolle Maßnahme zur  
1467 Stärkung der Unabhängigkeit bei gleichzeitiger Schaffung von Waffengleichheit zwischen den  
1468 Parteien.

1469 *Eine Frage, in der wir noch keine Einigung erzielen konnten, ist der Umgang mit*  
1470 *Unternehmensspenden:*

1471 *Möglichkeit A:*

1472 Spenden von juristischen Personen an Parteien wollen wir gänzlich verbieten und darüber hinaus  
1473 Spenden von natürlichen Personen auf einen bestimmten Betrag begrenzen, um die  
1474 Beeinflussbarkeit von Parteien durch Großspender zu unterbinden. Zusätzlich braucht es Regeln  
1475 gegen Umgehungsstrategien im politischen Vorraum von Parteien, wie beispielsweise die „Political  
1476 Action Committees“ oder die Finanzierung von Anzeigen und Fernsehspots durch Lobbyisten oder  
1477 Unternehmen in den USA. Ähnlich wie bei Doping-Kontrollen oder Anti-Viren-Programmen müssen  
1478 wir diese Regeln immer wieder aufs Neue aktualisieren.

1479 *Möglichkeit B:*

1480 Ein Spendenverbot von juristischen Personen an Parteien lehnen wir ab. Als zu groß erachten wir die  
1481 Gefahr, dass dadurch Tür und Tor für immer neue Umgehungsstrategien im politischen Vorraum von  
1482 Parteien geöffnet werden, wie beispielsweise die „Political Action Committees“ oder die  
1483 Finanzierung von Anzeigen und Fernsehspots durch Lobbyisten oder Unternehmen in den USA. Der  
1484 Schaffung von Transparenz kommt somit eine umso größere Bedeutung in der Stärkung von  
1485 Unabhängigkeit der Parteien von Großspendern zu.

1486 *Parteiendemokratie*

1487 Um als Partei unter demokratischen Gesichtspunkten attraktiv zu sein, brauchen wir eine lebendige  
1488 und offene Debattenkultur. Wer Parteitage von verschiedenen Parteien erlebt hat, wird bestätigen  
1489 können, dass gerade die Grünen hier noch eine verhältnismäßig lebendige Kultur offener Debatten  
1490 haben. Aber auch wir Grünen stehen unter dem Druck der ständigen Medienbeobachtung – und  
1491 gerade wir Grünen sollten uns dadurch nicht von einer lebendigen Streitkultur abhalten lassen.

1492 Wir sollten das Internet noch stärker als bislang nutzen, um allen Parteimitgliedern Zugang zu  
1493 parteiinternen Programmdebatten zu verschaffen. Gerade was die Nutzung des Internets für  
1494 innerparteiliche Debatten betrifft, sollten wir bereit sein, beständig hinzuzulernen und uns zu  
1495 verbessern.

1496 Wir Grünen haben Diskussionen um Rotation und interne Vermachtung bereits lange und ausführlich  
1497 geführt. Das sollte uns nicht davon abhalten immer wieder aufs Neue auch die Rolle und  
1498 Verantwortlichkeit von zentralen Personen der Parteiführungen kritisch zu prüfen. Dabei sollten wir  
1499 das Verhältnis zwischen Partei und Fraktion auf den jeweiligen Ebenen immer auf fruchtbares und  
1500 demokratisches Miteinander ausrichten. Wir sollten uns nicht als Schwäche anrechnen lassen, wenn  
1501 wir uns an solche sensiblen Themen herantrauen, sondern damit deutlich machen, dass wir  
1502 parteiinterne Demokratie ernstnehmen, statt das Thema zu tabuisieren.

1503 *In einem eigenen Workshop wollen wir diese Frage mit Interessierten aus der Partei weiterdiskutieren*  
1504 *und werden die Ergebnisse in diesen Text einarbeiten.*

1505 *Parteien öffnen*

1506 Wir wollen als Partei insbesondere offen sein für Menschen, die bislang keinen Zugang zu Politik  
1507 gefunden haben. Deshalb gilt es zu verstehen, welche Hürden Menschen abhalten in Parteien zu  
1508 gehen und dann auch wenn möglich bereit zu sein, diese Hürden zu beseitigen. Dabei sollten wir in  
1509 verschiedenste Richtungen nach Verbesserungsmöglichkeiten ausschauen.

1510 Es braucht eine faire und einschließende Arbeitskultur, die sich bewusst Frauen öffnet und neue  
1511 Mitglieder offen aufnimmt, so dass sie sich gleichberechtigt einbringen können und wollen.  
1512 Bürgernähe ist ein wichtiges Gebot. Auch sollten wir versuchen, die Zeiten von Parteiversammlungen  
1513 so zu gestalten, dass Menschen in verschiedensten Arbeits- und Familienverhältnissen Möglichkeiten  
1514 haben, daran teilzunehmen. Wir wollen uns darum bemühen, für Menschen mit  
1515 Migrationshintergrund genauso wie für junge Menschen offen zu sein. Dabei sollten wir  
1516 unterrepräsentierte Gruppen bestärken, auch für Ämter zu kandidieren. Für Frauen haben wir  
1517 Grünen seit 25 Jahren das Erfolgsmodell Quote, was allerdings in anderen Bereichen der  
1518 Unterrepräsentation schon wegen der Grenzziehung deutlich weniger praktikabel erscheint. Bei  
1519 Ämterbestzungen sollten wir gerade auch für Quereinsteiger offen sein.

1520 Wir nehmen die politischen Herausforderungen unserer Zeit sehr ernst – und das macht uns  
1521 attraktiv, was steigende Mitgliederzahlen verdeutlichen. Wir dürfen dabei aber den  
1522 Geselligkeitscharakter von Politik nicht außer Acht lassen. Politik lebt auch von Vertrauen und dem  
1523 Gefühl in einer politischen Organisation aufgehoben zu sein – und erst dann fühlen sich manche frei  
1524 genug, als eigenständige Köpfe Impulse in die Partei zu geben. Demokratie braucht Räume in denen

1525 sich freie Gleiche in Vielfalt begegnen. Wir wollen den Anspruch, ein solcher Raum zu sein, auch  
1526 leben – und damit noch attraktiver werden.

### 1527 **Demokratie in der Wirtschaft**

1528 Demokratie gilt nicht allein für das politische Gemeinwesen. Der demokratischen Gleichheit liegt der  
1529 Grundsatz zugrunde, dass jeder Mensch ein Recht auf gleiche Freiheit und Anerkennung hat. Dieses  
1530 Recht ist auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen als Politik im engeren Sinne betroffen.  
1531 Wirtschaften hat besonders großen Einfluss auf unseren Lebensalltag. Es geht um den Arbeitsplatz,  
1532 um Konsumgüter, um die Gestaltung städtischen und ländlichen Raums, um die Verteilung  
1533 gesellschaftlicher Anerkennung. Wir meinen, dass Demokratie nicht an den Werkstoren endet – und  
1534 sich das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Demokratie in der politischen, sozial-ökologischen  
1535 Rahmensetzung für Wirtschaft erschöpft – so wichtig diese ist. Wir meinen, dass auch innerhalb von  
1536 privaten wie staatlichen Unternehmen Demokratie das Prinzip für Entscheidungsverfahren sein muss,  
1537 so wie es das im Bereich der Sozialen und Solidarischen Ökonomie vielfach bereits ist. All denjenigen,  
1538 die von Entscheidungen in der Wirtschaft betroffen sind, sollte auch ein Zugang zu den  
1539 Entscheidungsverfahren zustehen.

### 1540 **Betriebsverfassungen**

1541 Wir wollen in den Betriebsverfassungen eine stärkere Mitbestimmung durch Arbeitnehmerinnen und  
1542 Arbeitnehmer erreichen. Für alle Unternehmen ab 1.000 Beschäftigten soll künftig die paritätische  
1543 Mitbestimmung gelten. Bei 200 bis 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern soll die  
1544 drittelparitätische Mitbestimmung eingeführt werden. Insbesondere bei Übernahmen und  
1545 betrieblichen Umstrukturierungen wollen wir die Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmerinnen  
1546 und Arbeitnehmern stärken. Auch bei der Europäisierung des Unternehmensrechts gilt es den Schutz  
1547 und Ausbau von Mitbestimmung zu gewährleisten.

1548 Nach wie vor setzen wir uns für eine Verbreiterung der Beteiligung durch Arbeitnehmerinnen und  
1549 Arbeitnehmer am Produktivkapital ein. Dies ist wichtiger Schritt zu einer gerechteren Verteilung des  
1550 gesellschaftlichen Reichtums und zu mehr Demokratie in der Wirtschaft zugleich.

1551 Wir wollen die „Stakeholder“ von Unternehmen – also alle, die von Unternehmenshandlungen in  
1552 relevantem Maße betroffen sind, beispielsweise Gemeinden und Anwohner – in wichtige  
1553 Entscheidungsprozesse in Unternehmen einbinden. Der Schritt, Stakeholder einzubeziehen, darf  
1554 nicht der PR-Abteilung eines Unternehmens obliegen, sondern muss unter der Maßgabe von  
1555 demokratischer Beteiligung vollzogen werden – nämlich dann wenn Entscheidungen Menschen  
1556 etwas angehen und nicht wenn es einem Unternehmen beliebt.

1557 In Aktiengesellschaften wollen wir die Rechte von Kleinaktionären gegenüber Großaktionären  
1558 stärken. Auch wollen wir eine Neudefinition des Unternehmensinteresses im Aktienrecht. Die Zeiten,  
1559 in denen kurzfristige Gewinnmaximierung die Entscheidungen in Unternehmen bestimmt, haben sich  
1560 überlebt. Es ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung von Stakeholdern und an langfristig erfolgreichen  
1561 Wirtschaften interessierten Aktionärinnen und Aktionären.

### 1562 **Demokratie in den Kammern**

1563 Wir setzen uns für eine Stärkung der Demokratie in den Industrie- und Handelskammern ein.  
1564 Theoretisch sollen die Kammern demokratisch aufgebaut sein, und wichtige Entscheidungen in den  
1565 örtlichen Vollversammlungen getroffen werden. Allerdings gibt es angesichts der oft niedrigen  
1566 Wahlbeteiligung der Mitglieder, sowie Verfahrensproblemen – wie etwa der Stimmgewichte  
1567 verzerrenden Einteilung in Wahlgruppen – Zweifel an der Umsetzung von Demokratie in den  
1568 Kammern.

### 1569 **Verbraucherinnen und Verbraucher stärken**

1570 Wir Grüne machen uns seit Langem für die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern stark.  
1571 Ihre Macht ist ein wichtiger Hebel um auf Unternehmensentscheidungen Einfluss zu nehmen. Viele

1572 Menschen wollen bei ihren Kaufentscheidungen nicht allein den Preis beachten, sondern sie haben  
1573 ein Interesse insbesondere an fairen und ökologischen Produktionsbedingungen, aber auch an  
1574 Fragen zu gefährlichen Inhaltsstoffen und, insbesondere bei Finanzprodukten, zu möglichen Risiken.  
1575 Damit sie diese Entscheidungen auf einer soliden Grundlage treffen können, braucht es starken  
1576 Verbraucherschutz. Unabhängige Informationen sind hier ein entscheidendes Gut. Die  
1577 Verbraucherzentralen leisten dafür bereits jetzt wichtige Arbeit – wir wollen diese Arbeit weiter  
1578 fördern und ausbauen, wollen aber die dabei die Unabhängigkeit von Verbraucherzentralen sichern.  
1579 Darüber hinaus braucht es in vielen Bereichen strengere Regulierungen, um Verbraucherinnen und  
1580 Verbraucher zu stärken.

1581 Zugleich erkennen wir die Grenzen einer „Verbraucherdemokratie“ darin an, dass zumindest unter  
1582 den Bedingungen sozialer Ungleichheit das Prinzip der politischen Gleichheit nicht verwirklicht ist.  
1583 Kaufkraft darf somit nicht das Maß der Einflussmöglichkeiten auf die Wirtschaft sein. Auch deswegen  
1584 setzen wir Grünen uns auch konsequent für eine sozial-ökologische Regulierung der Wirtschaft ein.

#### ***Soziale und Solidarische Ökonomie stärken***

1585 Der Sektor der Sozialen und Solidarischen Ökonomie ist für die Demokratisierung der Wirtschaft ein  
1586 wichtiger Vorreiter. In vielen Unternehmen dieses Sektors werden Demokratie und Solidarität bereits  
1587 gelebt. Wir wollen diesen Sektor daher auch zur Stärkung von Demokratie in der Wirtschaft fördern.  
1588 Dafür braucht es attraktive Rechtsformen und passende Finanzierungsinstrumente.  
1589

#### ***Demokratie im öffentlichen Sektor***

1590 Auch in der öffentlichen Verwaltung und Körperschaften des öffentlichen Rechts gilt es,  
1591 demokratische Mitbestimmung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stärken. Und gerade in  
1592 Tendenzbetrieben sowie bei kirchlichen Trägern ist es nicht hinnehmbar, dass arbeitsrechtliche  
1593 Standards auch hinsichtlich der Mitbestimmung nicht eingehalten werden. Das Grundrecht auf  
1594 gleiche Freiheit und Mitbestimmung sollte unabhängig vom Sektor, in dem Menschen ihre Zeit und  
1595 Energie einbringen, gelten.  
1596

#### ***Kommunale Selbstverwaltung und starke Regionen***

1597 Kommunen gelten als die „Wiege der Demokratie“. Allerdings leiden gerade die Kommunen unter  
1598 einer rapide sinkenden Wahlbeteiligung. Vielfach findet in der Kommunalpolitik eher  
1599 Mangelverwaltung als wirklich politische Gestaltung statt. Kein Wunder also, wenn immer mehr  
1600 Bürgerinnen und Bürger der Kommunalpolitik wenig Aufmerksamkeit schenken. Wenn wir lokale  
1601 Demokratie stärken wollen, müssen Bürgerinnen und Bürger unmittelbar erfahren können, dass ihre  
1602 demokratische Teilhabe eben doch wirken kann. Wir müssen Kommunen finanziell ausreichend  
1603 ausstatten – das gebietet nicht nur der Auftrag zur öffentlichen Daseinsvorsorge, sondern auch der  
1604 Anspruch auf Demokratie.  
1605

1606 Auch wenn damit schon Entscheidendes getan wäre, wollen wir uns mit einer soliden Finanzierung  
1607 nicht zufriedengeben. Demokratie stärken heißt auch Subsidiarität stärken – also das Prinzip, dass  
1608 Entscheidungen auf den Betroffenen nächstmöglichen Ebenen gefällt werden. Bei vielen  
1609 Politikfeldern macht es Sinn, dass Entscheidungen auf bundesweiter oder gar auf internationaler  
1610 Ebene getroffen werden. Doch viele Entscheidungen können und sollten auch lokal getroffen werden  
1611 – hier ist Demokratie am unmittelbarsten.

1612 *Eine Reihe von konkreten Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie in Regionen und kommunaler*  
1613 *Selbstverwaltung wollen wir im Verbund mit dem Grünen Zukunftsforum „Kommunen“ entwickeln*  
1614 *und diskutieren, beispielsweise der Vorschlag, Kommunen ein Anhörungsrecht in Gesetzesverfahren*  
1615 *zu gewähren.*

#### ***Förderalismus***

1616 *Eine zentrale, aber auch besonders schwierige und umstrittene Demokratiefrage stellt sich*  
1617 *hinsichtlich der föderalen Ordnung in Deutschland. Die eingangs erwähnte Verflechtung von*  
1618

1619 *Zuständigkeiten und die Schwierigkeit, Verantwortungen klar zuzuweisen wird häufig als*  
1620 *Einschränkung von Demokratie betrachtet. Andererseits ist ein wichtiges Ziel der sogenannten*  
1621 *vertikalen Gewaltenteilung, eine Konzentration von politischer Macht zu verhindern. Als*  
1622 *Zukunftsforum Demokratie möchten wir auch den Föderalismus noch zum Thema machen und*  
1623 *werden den Text an dieser Stelle ergänzen.*

1624

1625 *Demokratie braucht Politische Gerechtigkeit und eine Starke Demokratie als Antwort auf die Krisen.*  
1626 *Zentrale Zukunftsherausforderungen wie Klimawandel und Ressourcenknappheit, Regeln für die*  
1627 *globale Ökonomie und auch Friedenspolitik sind jedoch Herausforderungen denen nicht im*  
1628 *nationalstaatlichen Rahmen allein beizukommen ist. Mehr denn je sind wir auf globale Kooperation*  
1629 *und globale Lösungsfindung angewiesen. Hier liegen Gefahren und Chancen für die Demokratie*  
1630 *zugleich. Nutzen wir die großen Herausforderungen um endlich zu demokratischen internationalen*  
1631 *Institutionen zu kommen, die dauerhaft Frieden, Gerechtigkeit und ökologische Zukunftsfähig sichern*  
1632 *können. Eine Internationalisierung von Politik braucht eine Internationalisierung von Demokratie.*

## 1633 **2.3 Hoch die Internationale Demokratie!**

1634

1635 Globale Märkte, globale Umweltprobleme, die Herausforderung Friedenspolitik: ohne starke und  
1636 demokratische Institutionen auf der internationalen Ebene werden wir diesen großen  
1637 Zukunftsherausforderungen nicht beikommen. Gerade die Europäische Union ist ein ganz  
1638 entscheidender Akteur auf diesem Weg. Die große Frage ist: Wie schaffen wir es, die internationalen  
1639 Institutionen der Politik nicht nur zu stärken und handlungsfähig zu machen, sondern auch, sie zu  
1640 demokratisieren?

1641 Wenn wir in der nötigen Globalisierung der Politik auch demokratische Verfahren anstreben, die eine  
1642 Vielzahl von Betroffenen gleichermaßen berücksichtigen, ist das in erster Linie ein Kampf um  
1643 gerechte Repräsentation. Die Erfahrung schon in kleineren Einheiten zeigt: Unter Bedingungen  
1644 begrenzter Zeit ist ein nicht handhabbares Maß an Unmittelbarkeit der beste Nährboden für  
1645 Verbandsdespoten und Partei-autokraten im informellen Raum. Eine Demokratievorstellung, die auf  
1646 den geschäftigen Vollzeitbürger setzt, bekommt am Ende die Diktatur des Bürgeradels oder blanken  
1647 Populismus. Gerade auf internationaler Ebene kommt es daher stark auf das Wie der politischen  
1648 Institutionen an. Wir brauchen auch hier durchlässige, partizipative öffentliche Institutionen, in  
1649 denen sich eine gerechte Repräsentation der Beteiligten organisiert. Informelle  
1650 Regierungsnetzwerke, die in Hinterzimmern weitreichende Entscheidungen treffen die dann von den  
1651 nationalen Parlamenten lediglich absegnet werden sind dies sicher nicht.

1652 Gerade in der weit entfernten internationalen Politik braucht es dafür das unmittelbare Engagement  
1653 von Bürgerinnen und Bürgern und Bewegungen. Nicht als Kampf um Unmittelbarkeit, sondern als  
1654 unmittelbaren Kampf um das Wie der Repräsentation. Wir Grüne machen stark für eine  
1655 Repräsentation auf internationaler Ebene und insbesondere in der Europäischen Union, die  
1656 Bürgerinnen und Bürger einbindet und transparent ist. In der EU wollen wir darüber hinaus auch die  
1657 Nutzung neuer direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten fördern.

### 1658 **Europäische Union zum Motor internationaler Demokratie machen**

1659 Wir Grünen sind begeisterte Europäer und Befürworter des europäischen Integrationsprozesses. Die  
1660 EU birgt die Chance zu einem historischen Erfolgsmodell für eine Demokratie über Sprach- und  
1661 Kulturgrenzen hinweg, in einem großen geographischen Raum mit rund einer halben Milliarde  
1662 Bürgerinnen und Bürgern, zu werden. Es liegt in unserer Verantwortung alles daran zu setzen, dass  
1663 dieses Projekt nicht scheitert sondern gelingt indem es weiter vorangebracht wird.

1664 *EU auf den Demokratie-Prüfstand*

1665 Um diese Chance zu verwirklichen müssen wir die EU auch auf einen kritischen Demokratie-  
1666 Prüfstand stellen. Denn zunächst einmal hinkt der Prozess einer Demokratisierung der EU viel zu  
1667 langsam der wünschenswerten Vertiefung der Europäischen Vereinigung hinterher. Es ist gut, dass  
1668 Kompetenzen vergemeinschaftet werden wo dies sinnvoll ist. Gerade in der Wirtschafts- und  
1669 Sozialpolitik braucht es eine Vertiefung der europäischen Integration. Aber einhergehen muss diese  
1670 Abgabe nationalstaatlicher Souveränität mit einer Stärkung entsprechender demokratischer  
1671 Verfahren. Wenn wir Integration vertiefen, ohne dabei zu demokratisieren, geben wir wichtige  
1672 Politikbereiche aus der demokratischen Kontrolle durch die Bürgerinnen und Bürger. Wir als Grüne  
1673 werden hier konsequent Druck machen, dass die wünschenswerte Integration immer auch mit der  
1674 notwendigen Demokratisierung einhergeht.

1675 Doch auch eine anderes Demokratieproblem der Europäischen Einigung gilt es beim Namen zu  
1676 nennen: die EU hat maßgeblich eine neoliberale Politik der Öffnung von Märkten ohne ausreichende  
1677 Regeln vorangetrieben. Dass diese Politik demokratieschädlich ist, haben wir spätestens seit der  
1678 Finanzkrise erfahren. Demokratische Politik darf nicht zum Zaungast von wirtschaftlichen  
1679 Entwicklungen mit allerlei Auswirkungen auf gesellschaftliches Leben und natürliche  
1680 Lebensgrundlagen verkommen. Sie muss gestaltend sein statt sich selbst zu demontieren. Daher  
1681 muss die Einseitigkeit der EU aufgelöst werden in einem ausgeglichenen Integrationsprozess hin zu  
1682 einem demokratischen und sozialen Europa, mit starken ökologischen und sozialen Regeln. Auch  
1683 europaweit gilt: Politische Gerechtigkeit und damit eine funktionierende Demokratie kann es nur  
1684 geben, wenn alle Bürgerinnen und Bürger freie Gleiche in Vielfalt sein können, und zwar heute und  
1685 auch in zukünftigen Generationen.

1686 *Vereinigung und Demokratisierung der EU beschleunigen*

1687 *Eine Vielzahl von konkreten Maßnahmen zur Fortsetzung und Beschleunigung des Vereinigungs- und*  
1688 *Demokratisierungsprozesses der EU wollen wir im Verbund mit dem Zukunftsforum Europa der*  
1689 *Grünen diskutieren. Verschiedene Vorschläge stehen dazu im Raum, unter anderem, den Rat zu einer*  
1690 *zweiten Kammer zu machen, sowie die Wahl des Kommissionspräsidenten zukünftig durch das*  
1691 *Europäische Parlament mit einer Bestätigung durch den Rat zu vollziehen, oder gar eine Direktwahl*  
1692 *der Kommissare einzuführen. Zur Stärkung des Europäischen Parlamentes und dessen Abgeordneten*  
1693 *wären unter anderem direkte Klagerechte oder Organklagerechte vor dem Europäischen Gerichtshof*  
1694 *zu prüfen. Auch gilt es, eine genaue Ausgestaltung der Vorschläge zur Vergemeinschaftung der*  
1695 *Wirtschaftspolitik zu erarbeiten. Schließlich stellen sich Fragen der Transparenz etwa von*  
1696 *Verhandlungen zwischen Regierungsvertretern.*

1697 *Für Europäische Parteien*

1698 Wir brauchen Europäische Parteien statt europäischen Parteinetzwerken. Wir Grünen können mit  
1699 der Europäischen Grüne Partei (EGP) hier eine Voreiterrolle einnehmen. Dabei ist besonders die  
1700 Frage des Wahlrechts zum Europäischen Parlament entscheidend, dessen Reform wir mit dem  
1701 *Zukunftsforum Europa* diskutieren wollen. Einen kleinen Teil der Europaabgeordneten über  
1702 europäische Listen wählen zu lassen, könnte den Entstehungsprozess europäischer Parteien  
1703 erheblich beschleunigen.

1704 *Europäische Identität stärken*

1705 Für einen langfristigen Erfolg des europäischen Projektes braucht es eine Stärkung europäischer  
1706 Identität. Die EU ist in einer Zeit entstanden, als die Erfahrung des Zweiten Weltkriegs für viele noch  
1707 eine eigene Erinnerung war. Für jüngere Generationen fällt diese Erfahrung jedoch weg – der EU  
1708 selbst sei Dank! –, und so versiegt damit auch eine Quelle für europäischen Zusammenhalt. Es ist  
1709 heute keine Selbstverständlichkeit mehr, das Europäische Integrationsprojekt ganz maßgeblich auch  
1710 als Friedensprojekt zu betrachten. Umso stärker müssen wir uns darum bemühen, eine eigene  
1711 europäische Identität erwachsen zu lassen.

1712 Einen erheblichen Schaden am Ansehen der Europäischen Institutionen kommt dadurch zustande,  
1713 dass die EU von Regierungen als Sündenbock missbraucht wird. Üblicherweise wird die EU für  
1714 Misserfolge verantwortlich gemacht, während Erfolge für Regierungen verbucht werden. Eine solche  
1715 Unkultur erstickt das Aufkommen einer gemeinsamen Identität. Für uns ist klar, dass wir die  
1716 Europäische Identität nicht allein durch Städtepartnerschaften stärken können, sondern letztlich  
1717 durch konkrete Herausforderungen, Auseinandersetzungen und Ziele.

1718 Was Regierungen nicht schaffen, kann von einer stärkeren Europäischen Zivilgesellschaft ausgehen.  
1719 Diese müssen wir fördern und einbinden. Damit einhergehend brauchen wir eine Stärkung  
1720 Europäischer Medienöffentlichkeit. Auch hier gilt es, konkrete Schritte mit dem *Zukunftsforum*  
1721 *Europa* zu entwickeln – damit die Europäische Demokratie eine gute Zukunft hat.

## 1722 **Globale Demokratie**

1723 Für uns GRÜNE sind die Vereinten Nationen (UN) der zentrale Bezugsrahmen einer internationalen  
1724 Ordnung. Nur dort sind alle Regionen und nahezu alle Staaten und Völker vertreten. Das verleiht der  
1725 UN eine hohe Legitimität, auch wenn nach wie vor zu viel Machtpolitik das Tagesgeschäft beherrscht.  
1726 Wir setzen auf eine Weltgesellschaft, in der nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des  
1727 Rechts regiert. Dazu müssen die UN reformiert werden. Wir brauchen eine gerechtere  
1728 Zusammensetzung des Sicherheitsrates und wollen die Vetomöglichkeiten abschaffen, die nur dazu  
1729 führen, dass einige wenige Mächte ihre eigenen Interessen durchsetzen können und dabei wichtige  
1730 Entscheidungen blockieren.

1731 Angesichts der drängenden globalen Herausforderungen bereitet die Langsamkeit internationaler  
1732 Abstimmungsprozesse bei regelmäßigen Handlungsblockaden große Sorgen. Am Scheitern der UN-  
1733 Klimakonferenz in Kopenhagen 2009 wurde allzu deutlich, dass es nicht gut steht um globale  
1734 Kooperation, geschweige denn deren Demokratisierung. Immerhin konnten im Rahmen der G20 –  
1735 die gegenüber der G7/G8 einen Fortschritt bedeuten, weil zumindest auch wichtige Schwellenländer  
1736 eingebunden sind – wichtige Absprachen erfolgen. Dennoch ist ein solches informelles Netzwerk von  
1737 Regierungen aus demokratischer Sicht wenig zufriedenstellend. Auch regierungslastige internationale  
1738 Organisationen wie die WTO, der IWF oder die Weltbank sollten demokratisiert werden, und  
1739 insbesondere ärmere Länder müssen in der Vertretung bei internationalen Verhandlungsrunden, die  
1740 sie direkt oder indirekt betreffen, gestärkt werden. Wichtige internationale Entscheidungen dürfen  
1741 nicht länger von Regierungsvertretern in verschlossenen Hinterzimmern getroffen werden. Die  
1742 Vereinten Nationen bergen am Ende das Potential für eine Globale Demokratie, die diesen Namen  
1743 auch verdient. Bringen wir also die Stärkung und Demokratisierung der UN voran.

### 1744 *Für eine Parlamentarische Versammlung der UN*

1745 Ein wichtiger Vorschlag, den wir Grüne unterstützen, ist ein globales Parlament, wie es im Rahmen  
1746 der Kampagne für eine Parlamentarische Versammlung der UN (UNPA Campaign) gefordert wird. In  
1747 einem ersten Schritt könnte eine solche Versammlung aus Vertreterinnen und Vertretern nationaler  
1748 Parlamente zusammengesetzt sein, aber mittelfristig zu einem direkt gewählten Gremium werden.  
1749 Eine solche Versammlung wäre dazu geeignet, die Vereinten Nationen demokratischer und  
1750 transparenter zu machen und die zugleich die Entstehung einer globalen Weltöffentlichkeit zu  
1751 fördern. Wir sehen hier ein wichtigen und ernstzunehmenden Beitrag, mit dem wir demokratische  
1752 Mitwirkung und Repräsentation schrittweise auch auf der globalen Ebene umzusetzen können.

### 1753 *Demokratisierung global*

1754 Es ist eine Frage der politischen Moral und eine Frage der Stärkung auch der Bedingungen von  
1755 globaler Demokratie: die interne Demokratisierung auch in anderen Ländern. Wir begrüßen jegliche  
1756 Demokratisierungsbestrebungen an jedem Ort der Welt. Der Grundsatz, dass alle Macht vom Volk  
1757 ausgeht, von Freien und Gleichen in Vielfalt, gilt für uns überall.

1758 Doch spätestens in der Regierungsverantwortung stellt sich die Frage wie wir uns zu  
1759 Demokratisierungsbestrebungen in anderen Ländern positionieren noch einmal anders. Denn dann

1760 ergibt sich das Dilemma, einerseits diplomatische Beziehungen aufrecht erhalten zu wollen und  
1761 gleichzeitig Demokratie auch andernorts zu befürworten. Nicht jeder diplomatische Partner will  
1762 hören wenn wir Demokratisierung auch bei ihm fordern – bei einer Außenpolitik, in der sich unserem  
1763 Anspruch nach Staaten auf Augenhöhe begegnen sollten, ist dies ein Balanceakt. Für uns ist jedoch  
1764 klar: die außenpolitische Positionierung darf Demokratie auch bei diplomatischen Partnern nicht  
1765 unter „ferner liefern“ nennen, sondern muss vorderster Anspruch in diplomatischen Beziehungen sein  
1766 – und zwar ohne doppelten moralischen Boden, in dem letztlich doch wirtschaftliche Interessen vor  
1767 das Interesse der Freiheit und der Demokratie gestellt werden.

1768 Mit angehaltenem Atem verfolgen viele die aktuellen Umwälzungen in Nordafrika. Doch wir sollten  
1769 nicht weiter den Atem anhalten. Hier gilt es Farbe zu bekennen und sich klar auf die Seite von  
1770 Demokratie und Freiheit zu stellen. Hier geht es nicht allein um unsere Glaubwürdigkeit, sondern  
1771 auch um unsere ureigensten politischen Grundsätze. Zeigen wir uns sichtbar und lautstark solidarisch  
1772 mit den Freiheit suchenden Völkern in Nordafrika und andernorts.

1773 *Und so gilt es das Augenmerk auch auf eine Seite der Demokratie zu richten, die nicht durch Gesetze  
1774 und Regulierungen greifbar ist – aber ohne die Demokratie nie gelingen kann. Für uns ist klar: ohne  
1775 Politische Gerechtigkeit und eine Stärkung von Beteiligung und demokratischen Verfahren, sowie  
1776 ohne eine Internationalisierung von Demokratie, kann eine Demokratieoffensive nicht gelingen. Das  
1777 sind alles notwendige Bedingungen. Doch eine weitere notwendige Bedingung für Demokratie dürfen  
1778 wir nicht vergessen, gerade als Partei die Vorschläge für eine Verbesserung der Demokratie macht:  
1779 eine funktionierende, lebendige Demokratie braucht eine starke demokratische Kultur. Nur so können  
1780 wir Vertrauen zurückgewinnen und Menschen für Demokratie begeistern. Und nur so können wir auch  
1781 auf die großen Zukunftsfragen unserer Gesellschaft angemessene Antworten finden.*

## 1782 **2.4 Für eine neue demokratische Kultur!**

1783

1784 Wir haben es eingangs erwähnt. Nicht bloß die Demokratie als Ganzes verliert an Rückhalt.  
1785 Insbesondere die Aktiven im sogenannten politischen Betrieb – Parteien, Berufspolitiker,  
1786 Regierungsverantwortliche – genießen wenig Vertrauen in der Bevölkerung. Neben einer Vielzahl an  
1787 Vorschlägen, wie wir die Vorbedingungen und Verfahren verbessern können, um die Demokratie zu  
1788 stärken, brauchen wir einen Wandel der sich nicht herbeiregulieren lässt. Es geht um eine neue  
1789 politische Kultur der Demokratie, um eine neue Ethik in der Politik. Nur damit werden wir Vertrauen  
1790 im großen Stil wiedergewinnen können.

1791 Schon der Stil von politischen Auseinandersetzungen treibt Menschen von den demokratischen  
1792 Institutionen weg. Für viele sind Politiker korrupt und unglaubwürdig. Sie sind Teil einer  
1793 Parteienkaste, „die da oben“, die sich mit Schlagabtauschen in den Parlamenten beschimpfen und im  
1794 Medienzirkus von Talkrunden keinen Satz zu Ende hören, auf kein Argument eingehen.

1795 Wir wollen eine neue demokratische Kultur. Wir wollen Politische Gerechtigkeit nicht nur schaffen,  
1796 sondern auch leben. Das heißt zu allererst, dass wir jeder Bürgerin und jedem Bürger auf Augenhöhe  
1797 begegnen und Repräsentation nicht mit Bevormundung verwechseln. Wir sollten Authentizität,  
1798 Ehrlichkeit, und Glaubwürdigkeit und nicht Anzahl der Medienauftritte zum Maß für eine gute  
1799 Politikerin oder einen guten Politiker machen. Wer allerdings versucht, diese Tugenden nur im Schein  
1800 zu perfektionieren, der pervertiert ihren Sinn. Authentizität, Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit  
1801 bestehen genau darin, dass sie von innen heraus kommen.

1802 Politik braucht eine Vernunftorientierung und Dialoge die auf Verständigung abzielen, statt  
1803 Schlagabtauschen. Es ist ein Irrtum, dass Dialog und Vernunftorientierung politische Positionen  
1804 verwässert. Im Gegenteil: es ist die Grundlage überhaupt für politischen Streit. Demokratischer  
1805 Zusammenhalt schafft die Grundlage für ein achtungsvolles Austragen von Konflikten. Am Ende

1806 werden trotzdem Mehrheiten entscheiden, und Entscheidungen werden über die Zeit geändert und  
1807 erneuert. Aber sie werden dann im Geist der Demokratie und nicht als billiges Recht des Stärkeren  
1808 dastehen.

1809 Vernunftorientierung heißt, die eigene Politik sauber zu begründen, und nicht mit Halbwahrheiten  
1810 um sich zu schmeißen und Schwächen der eigenen Argumentation zu verwischen. Eine solche  
1811 Argumentation ist immer die stärkste. Es gilt, eigene Ziele offen zu legen, und auch die Stärken der  
1812 Positionen des politischen Gegners zu benennen. Dann kann auch transparent werden, wo die  
1813 Unterschiede liegen.

1814 Im Umgang mit dem politischen Gegner müssen Tabus gelten, wie persönliche Herabwürdigung, und  
1815 der Respekt vor der Privatsphäre muss hochgehalten werden. Auch öffentliche Personen brauchen  
1816 Rückzug.

1817 Wir sehen den Staat nicht als Beute und politische Macht nicht als Selbstzweck. Nach unserem  
1818 grünen Staatsverständnis ist der demokratische Staat nichts anderes als der Ort, an dem der  
1819 gemeinsame Wille freier Gleicher in einer pluralen Gesellschaft zusammenkommt. Die Rolle der  
1820 Politik ist, diesen Willen umzusetzen – und das Mandat dazu erhalten wir als Partei oder Politiker  
1821 durch Wahlen bei denen wir unser Programm als Vorschlag anbieten. Die Macht ist den Institutionen  
1822 nur geliehen. Der Souverän ist das Volk.

1823

1824 *Wir laden alle ein – beteiligen Sie sich und beteiligt Euch an unserer Demokratieoffensive!*